

KONGRESSDIENST

Hamburg
4. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Dezember 1961
NUMMER 9

ZUR WEIHNACHTLICHEN BOTSCHAFT

Von Werner May

Wieder — wie alle Jahre — werden die Menschen des „christlichen“ Abendlandes Weihnachten feiern; mit allem, was im Lauf der Zeit, im Zug der Kommerzialisierung und der Säkularisierung aller inneren Werte dazugehört. Man wird sich fangen lassen vom Licht und der Sogkraft der Reklame, — man wird laufen und feiern, — man wird — selbstverständlich! — nicht versäumen, den traditionellen Weihnachtsgottesdienst zu besuchen, man wird gerührt die alte Botschaft hören, singen und Kerzen anzünden und — vielleicht! — derer gedenken, die jenseits der Grenze und Mauer leben müssen... Man wird sich sehr fromm, sehr gerecht, sehr sicher vorkommen und die Hände falten vor dem göttlichen Kind in der Krippe.

Aber diese fromme Gerechtigkeit ist eine Lüge und eine Zerstörung der Wahrheit, wenn nicht der Wille, der absolute, harte, eiserne Wille dahintersteht, mit der Aussage dieser weihnachtlichen Tage Ernst zu machen.

Dieser Ernst fordert die Bereitschaft zum Frieden; die Bereitschaft zum kompromißlosen Frieden.

Was nützen fromme Worte! Was sind schon tradierte Formen! Was bedeutet Singen und Sagen, Segnen und Flehen, — was sind Kerzen und Verkündigung — wenn nicht der Mensch bereit, willens und fähig ist, aller bösen und total unchristlichen Politik zum Trotz mutig und offen zu bekennen: Weihnachten ist das Bekenntnis zum Frieden!

Um es noch klarer zu sagen —: Man kann die weihnachtliche Botschaft vom Frieden und vom Gottessohn nicht feierlich verkünden, wenn man gar nicht die Absicht hat, seine Forderungen zu erfüllen. Es ist unmöglich, es ist falsch, böse und religionswidrig — mit der Bereitschaft zum atomaren Krieg — von Weihnachten zu reden. So geht es nicht. Die Politik, die den Einsatz atomarer Waffen, die Vergiftung des bürgerlichen Denkens: Atomwaffe muß sein! — glauben vor den Weihnachtsaltar tragen zu dürfen, sollten vor ihrem Tun erschrecken. Es wäre nicht anders, als meineidig zu werden. Wer wagt es, Gott zum Handlanger politischer Ziele zu machen? Was für ein Frevel, Amtswürden und dialektische Ausreden dafür ins Feld zu führen!

Mit Christus, dessen Erdgeburt wir feiern, ist alles, was mit der Atombombe sich verbindet, eine radikale Unmöglichkeit. Löscht lieber die Kerzen! Haltet ein in Eurem Gesang und Segen, wenn Ihr es nicht vereint mit dem Willen, dem ernstesten Willen zum Frieden. Singt nicht vom göttlichen Kind, das Euch zu erlösen kam, wenn Ihr meint, es sei möglich, den eigenen Bruder um politischer Andersartigkeit willen zu erschießen. Feiert nicht Christnacht, wenn Ihr Atombomben, Raketenbasen und Ausbildung an Massenvernichtungsmitteln fordert. Weihnacht ist das absolute Bekenntnis zum Frieden. Und den politisch gebundenen „Christen“ sei gerade in diesem Zusammenhang Christi Wort gesagt: „Wer nicht mit mir ist, der ist gegen mich!“

Laßt nicht Weihnachten, die Verkündigung des Friedens, zu einer Lüge werden, zu einer billigen, argen Spielerei. Gott will, daß wir uns versöhnen — „Friede auf Erden!“

Es gibt zwei Wege, einen Streit zu beenden:

friedliche Erörterung oder Gewalt.

Das letztere ist das Mittel der wilden Tiere,

das erstere ziemt sich für vernünftige Wesen.

Cicero



Unsere(n) Freunden und Lesern

wünschen wir

zum Weihnachtsfest

und zum Jahreswechsel

alles Gute.

Wir hoffen mit Ihnen,

daß auch im kommenden Jahr

der bedrohte Friede

erhalten bleibt.

Auch im Neuen Jahr

tragen wir dafür eine große

Verantwortung.

Das Büro des Präsidiums
des Ständigen Kongresses,
aller Gegner
der atomaren Aufrüstung
in der Bundesrepublik

Bleibt alles beim alten?

In fast allen westdeutschen Zeitungen konnte man nach dem Ende des Bonner Kuhhandels und dem Abschluß der Regierungsbildung folgende zwei Urteile über die neue Regierung lesen: Sie wird den bisherigen Kurs ohne jede Abweichung, wenn nicht gar verschärft, weiter zu verfolgen versuchen; und: Sie ist schwach und ohne Autorität. Alle möglichen Erklärungen wurden für diese zweite Tatsache angeboten; so z. B., Adenauer sei ein alter Mann am Ende seiner Kräfte, die Regierung sei, so wie sie nun bestehe, vom Volke nicht gewollt, sie habe also keine breite Basis, die Koalition sei brüchig, mehrere als außerordentlich ehrgeizig bekannte Minister trügen schon „den Dolch im Gewande“. An diesen Feststellungen ist natürlich sehr viel Wahres, aber wenn man sich mit ihnen begnügt, kratzt man nur an der Oberfläche; denn das sind keine Erklärungen, sondern selbst nur Symptome. Was die neue Regierung so schwach macht, ist die Schwäche der Politik, die sie weiterzuführen entschlossen ist.

Die Kritiker der Adenauer-Politik standen in den fünfziger Jahren vor einer großen Schwierigkeit: Ihre politischen Gegenvorschläge waren teilweise kompliziert, sie setzten schwierige Verhandlungen voraus, deren Erfolg ungewiß war, und ihre These, daß man mit den Sowjets zu Kompromissen gelangen könne, weil der Ostblock die Erhaltung des Friedens wünsche, wurde von wütenden Antikommunisten als „pro-östlich“ begehrt. Demgegenüber erschien die Adenauer-Politik als ein unkomplizierter, einfacher und gerader Weg.

Daran hat sich nun einiges geändert. Nichts ist heute einleuchtender als die Forderung, 17 Jahre nach Kriegsende endlich einen Friedensvertrag abzuschließen, in dem alle unklaren und strittigen Fragen ausgehandelt und einer beiden Seiten annehmbaren Lösung zugeführt werden. Die Tatsache, daß Deutschland und Berlin Unruheherde nur deshalb sind, weil Überreste des Zweiten Weltkrieges ständig zu gefährlichen Reibungen führen, leuchtet jedem ein, der die gefährlichen Spiele an der Berliner Sektorengrenze am Fernsehschirm beobachten konnte.

Kompliziert, schwierig und von Fallstricken bedroht ist heute die Fortsetzung der Politik der Stärke. Es ist ja nicht damit getan, daß Adenauer vor dem Fernsehen erklärte: „Diese Koalition wird dieselbe Außenpolitik betreiben, die bisher betrieben worden ist.“ Daß das gar nicht so einfach ist, erkennt man am Ausbleiben einer sofortigen Regierungserklärung, an widersprüchlichen oder leeren Pressecommuniqués, an Affaires wie dem Hin und Her mit dem Botschafter Kroll. Viele der taktischen Winkelzüge, mit denen die neue Regierung das Spiel eröffnet hat, sind für den Außenstehenden undurchschaubar. Während die Sowjetunion ihren Vorschlägen die größtmögliche Publizität gibt, während in Washington und London die politischen Alternativen immerhin offen diskutiert werden, schreibt bei uns Hans Zehrer in der WELT vom „neuen Absolutismus“, der sich „in die geheimen Kabinette zurückzieht“.

Durch zwei Umstände ist die Politik der Stärke in die Krise gestürzt worden: Sie ist nicht in der Lage, das Überleben zu sichern, und sie entspricht nicht mehr den politischen Interessen des Westens. Wäre diese Politik nur (!) lebensgefährlich, so würde sie wahrscheinlich, falls nur eine gewisse Erfolgchance sichtbar wäre, noch sehr lange weitergeführt werden. Heute aber brechen gerade politisch einflußreiche Leute, denen an einem Bestehen des Westens in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sehr gelegen ist, wie der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann oder der ehemalige US-Botschafter in Moskau, Kennan, über die Politik der Stärke den Stab, und zwar vor allem wegen ihrer Nutzlosigkeit für den Westen. Man darf natürlich nicht übersehen, daß es gerade auch in den USA einflußreiche, mit Militär und Rüstungsindustrie verflochtene Gruppen gibt, die an einer offensiven Strategie gegenüber dem Osten um jeden Preis festhalten wollen, und ebensowenig, daß die offizielle Politik von dem Bestreben diktiert erscheint, zwischen den Alternativen Krieg und Koexistenz einen Mittelweg zu finden, den es nicht gibt. Doch wächst die Einsicht, daß dem furchtbaren Risiko der Politik der Stärke nicht einmal eine Erfolgsaussicht gegenübersteht, daß man daher mindestens dieses Risiko durch Ausschaltung der gefährlichsten Unruheherde herabmindern muß.

Berlin-Krise oder Deutschland-Krise?

Auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise erschien in einem westdeutschen Nachrichtenmagazin eine sehr scharfsinnige Analyse der sowjetischen Politik. Es wurde dort ausgeführt, die Sowjets hielten die drei wesentlichen Positionen der Politik der Bundesregierung, nämlich die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, die Gebietsansprüche der Bundesrepublik an ihre östlichen Nachbarn DDR und Polen und die Verweigerung jeder Verhandlung, getarnt hinter der Nichtanerkennung der DDR, in ihrer Zusammenfassung für eine Bedrohung des Friedens und seien entschlossen, die Berlin-Frage als Hebel zu benutzen, um der westdeutschen Politik diese Zähne auszubrechen. Unabhängig davon, ob diese Analyse zutreffend ist, spiegelt sich in ihr die Erkenntnis, daß es eben nicht nur darum geht, über „Berlin einen neuen Zettel zu hängen“, wie einmal formuliert wurde. Ohne Zweifel ist Berlin ein „staatsrechtliches Monstrum“, aber darum würde sich kein Mensch scheren; nicht deswegen ist Berlin ein Krisenherd, sondern weil seine Monstrosität, die zahlreichen unklaren Fragen, die zahlreichen Möglichkeiten zu Nadelstichen und Provokationen von den kalten Kriegern bis zum letzten ausgeschöpft wurden.

Inzwischen ist das Ergebnis der Amerika-Reise des Bundeskanzlers bekannt geworden: man hat sich darauf geeinigt, den Sowjets Berlin-Verhandlungen anzubieten, und es wurde deutlich, daß die Bundesregierung gegen eine isolierte Berlin-Lösung keine Einwände mehr erheben wird. Wer will, mag darin einen Fortschritt sehen. In Wirklichkeit bedeutet dieses Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen einen

Rückschritt, ein neues Hinausschieben grundsätzlicher Verhandlungen auf den St.-Nimmerleins-Tag. Selbst angenommen, es käme in nächster Zeit zu einer Neufestlegung des Status von West-Berlin auf der Grundlage des bisherigen Zustandes, es würde anschließend ein Separatfriedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR geschlossen, in dessen Folge die DDR anerkannt würde, was wäre dann gewonnen? Vielleicht wäre damit die unmittelbare Kriegsgefahr behoben, zugleich wäre jedoch das Entscheidende vertan, nämlich die Chance einer Generalabrechnung mit den Überresten des Krieges, die Begründung einer wirklich dauerhaften Entspannung in Mitteleuropa, die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands. Der kalte Krieg könnte weitergehen.

Genau darauf steuert die Bundesregierung hin. Strauß hat sich in den USA freie Fahrt für eine noch weiter forcierte Aufrüstung geholt. Bereits im Koalitionsabkommen hat man sich auf die beschleunigte Verabschiedung der Notstandsgesetze und Maßnahmen zur Erhöhung der „Verteidigungsbereitschaft“ geeinigt. Es steht uns die totale Mobilmachung bevor. Die Bevölkerung wird systematisch mit dem Gedanken des Atomkrieges vertraut gemacht; mit der in Millionenaufgabe gedruckten Broschüre „Jeder hat eine Chance“ und ihren läppischen Verhaltensmaßregeln für den Kriegsfall versucht man den Deutschen einzureden, selbst in einem Atomkrieg könnten sie noch einmal davonkommen. Die Forderung nach Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomspengköpfe wird offen erhoben; die „Deutsche Zeitung“, das Leitblatt und Sprachrohr von Adenauer und Strauß, schrieb in ihrer Ausgabe vom 25. November, ein Staat, der über keine Atomwaffen verfüge, könne nicht über sein Schicksal entscheiden, es gehe daher darum, „das Mitentscheidungsrecht der europäischen Partner zum Einsatz von Atomwaffen in Europa zu verstärken, wenn nicht gar vom Vetorecht des amerikanischen Präsidenten zu befreien“. Andernfalls werde die Bundesrepublik „ihren Weg in noch intensiverer Zusammenarbeit mit Frankreich suchen“. Diese Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache.

Der uns angebotene Friedensvertrag bedeutet für Deutschland die große, ja überragende, möglicherweise aber auch die letzte Chance dieser Epoche. Durch ihn eröffnet sich die Möglichkeit, aus den festgefahrenen Bahnen der Nachkriegsentwicklung herauszukommen und die uns bedrückenden Folgen der Fehlentscheidungen für die Wiederbewaffnung, die NATO und die Atomrüstung zu überwinden. Auch diese Chance kann vertan werden. Entscheidend ist, daß in den Verhandlungen der Großmächte über die deutsche Frage, in denen es allein um die Sicherheit, um Krieg und Frieden geht, von deutscher Seite ein Vorschlag gemacht wird, der das Sicherheitsstreben der Großmächte mit unseren nationalen Interessen verbindet. Die Bundesregierung aber scheint heute eher bereit zu sein, dem Osten in der Berlin-Frage einen Punktsieg zu überlassen, als ihre Politik zu überprüfen. In dem Koalitionsvertrag findet sich zwar auch ein Satz zum Friedensvertrag, jedoch die These der Bundesregierung: „Friedens-

Fortsetzung auf Seite 3

Der Friedensmarsch durch die Ostblockstaaten

Ein Teilnehmer berichtet

Der Autor dieses Artikels hat den amerikanisch-europäischen Marsch auf der Strecke durch die Ostblock-Staaten mitgemacht. Wir danken ihm sehr herzlich für seinen interessanten und aufschlußreichen Bericht.

D. Red.

Da es in den Staaten des Ostblocks keine pazifistischen Organisationen gibt, wurden die technischen Einzelheiten unseres Marsches dort mit dem Friedensrat des jeweiligen Landes abgesprochen. Obwohl diese Organisation in den östlichen Ländern die Verteidigungspolitik ihrer Regierungen gutheißt, garantierte sie uns, daß wir überall ungehindert unsere Plakate zeigen, Flugblätter verteilen und den Marsch ohne Schwierigkeiten durchführen konnten. Weiter sorgte sie dafür, daß Unterkunft und Verpflegung von der jeweiligen Touristenorganisation geregelt wurden. Dafür bezahlten wir zunächst zwei, dann später drei Dollar täglich.

Am 8. August überschritten wir bei Helmstedt/Marienborn die Grenze. Wir wurden von Mitgliedern des Friedensrates und anderen Bürgern der DDR empfangen, die uns auf unserem weiteren Weg begleiten wollten. Einige von ihnen brachten Plakate und Flugblätter mit einseitigen Forderungen, z. B. nach dem „Friedensplan“ und der „Zerschlagung des westdeutschen Militarismus“, mit sich, die das Bild des Marsches entstellten hätten. Als trotz wiederholter Aussprachen und grundsätzlicher Einigung immer wieder solche Plakate und Flugblätter auftauchten, unterbrachen wir schließlich in einem Dorf unseren Marsch für eine Stunde und erklärten den Umstehenden die Situation. Danach tauchten keine fremden Parolen mehr auf. Da unsere Transparente und Flugblätter

zur einseitigen bedingungslosen Abrüstung aufriefen, gab es oft heftige Diskussionen, wobei etwa dieselben Argumente gegen uns angewendet wurden wie im Westen. In Ortschaften wurden wir oft von Menschenansammlungen erwartet, so daß wir viele Gelegenheiten hatten, die Idee des gewaltlosen Widerstandes in Ansprachen und Diskussionen zu erklären.

Am Abend des 13. August sollten wir Berlin erreichen, aber schon am Tage wurde uns aus Berichten klar, daß daraus nichts werden würde. Schließlich machten wir in Mühlenbeck einige Kilometer nördlich von Berlin halt, wo man ein provisorisches Nachtlager für uns bereitgestellt hatte. Spät am Abend forderte uns das Innenministerium auf, uns mit einem Bus nach Stalinstadt an der Oder fahren zu lassen, um dort den Marsch wieder aufzunehmen. Wir waren zu einer solchen Unterbrechung nicht bereit, und da alle Verhandlungen fehlschlagen, wurden wir am Mittag des 14. von einigen unserer bisherigen Begleiter in Anwesenheit eines Beamten sehr vorsichtig in den Autobus getragen und dann nach Helmstedt abgeschoben. Wir fuhren dann nach Berlin, wo wir mit Hilfe des Deutschen Friedensrates trotz der Vorfälle Visa für die Durchreise durch die DDR und für Polen erhielten.

So kamen wir am 22. 8. nach Polen, wo man uns sehr herzlich aufnahm. Hier stand uns ein Reisebus zur Verfügung, den wir aber nur für Gepäck, Kranke und Müde benutzten. Die Städte, durch die wir kamen, waren größtenteils wieder aufgebaut, sie waren im Kriege völlig zerstört worden. Aber obgleich fast jeder vierte Pole im Krieg umgekommen ist, habe ich in unseren Diskussionen und Gesprächen nie Deutschenhaß gefunden, wohl aber eine weit verbreitete Furcht vor der deutschen Wiederaufrüstung. Diese Menschen, die oft nur durch Zufall der Mordlust irgendeines Deutschen entgangen sind, wollen mit uns in Freundschaft leben, und es ist bedauerlich, daß diese Möglichkeit zum Kontakt weder von unserer Regierung noch von einzelnen ausgenutzt wird. Übrigens redeten die Menschen hier freier als in der DDR und sind politisch weit aufgeschlossener als in der Bundesrepublik. Wir diskutierten in Polen besonders viel mit Schülern und Studenten, bei denen wir mit dem Gedanken des gewaltlosen Widerstandes viel Anklang fanden.

Die UdSSR erreichten wir am 15. 9. bei Brest. Da wir bis zum 3. 10. Moskau erreichen wollten, einigten wir uns bald darauf, in Schichten zu gehen, so daß wir nicht bestimmte Strecken auslassen mußten. Vermutlich hatte diese zeitliche Begrenzung mit dem Parteitag zu tun. Auch in der UdSSR wurden wir gut aufgenommen, aber unseren

Auffassungen stand man von Anfang an ablehnend gegenüber. In den für uns organisierten Versammlungen kam es mehrmals zu tumultartigen Szenen, wenn unsere Redner zum Widerstand gegen die Rüstungspolitik aufriefen, und es traten Gegenredner auf, die uns von der Unsinnigkeit unserer Gedanken überzeugen wollten. Mehrmals erzählte man uns das Märchen von dem Hirten, den die Wölfe um Frieden und Freundschaft bitten. Trotz schlechter Erfahrungen wirft er die Flinte weg, und die Wölfe fressen ihn natürlich mitsamt seiner Herde auf, und das kommt eben bei einer einseitigen Abrüstung heraus. Nur bleibt leider die Frage offen, wie er denn zu einer zweiseitigen Abrüstung mit den Wölfen hätte kommen sollen, denn mit Wölfen kann man eben nicht verhandeln, ohne betrogen zu werden. Ich kann nun einigermaßen Russisch, und ich habe auch in privaten Gesprächen kaum einen Menschen getroffen, der etwas an der Politik der Sowjetregierung auszusetzen gehabt hätte. Nur sahen manche nicht die Notwendigkeit der Kernwaffenversuche ein, aber die wurden meistens als „Demonstration der Macht der Friedenskräfte“ aufgefaßt, die den gegen den Kapitalismus kämpfenden Völkern des Westens Mut und Rückhalt geben würden. Der Gedanke, daß die Arbeiterklasse des Westens nicht geschlossen auf der Seite der UdSSR steht, war sogar höheren Funktionären neu und beunruhigend.

Bei einer militärischen Anlage bei Moskau hielten wir eine Mahnwache von 20 Minuten, und nach unserem sehr beachteten Einzug in Moskau (wir verteilten am Vormittag des 3. 10. etwa 20 000 Flugblätter und wurden von Presse, Funk und Fernsehen fotografiert und interviewt) hatten wir eine einstündige Mahnwache auf dem Roten Platz, wo sich einige tausend Menschen um uns sammelten. Nach einigen weiteren Versammlungen, davon einer in der Universität, wo uns die Studenten stundenlang am Verlassen des Gebäudes hinderten, weil sie noch länger mit uns diskutieren wollten, fuhren wir schließlich am 8. 10. wieder in unsere Heimatländer zurück. Wir hatten in einer Zeit von etwa zwei Monaten ungefähr 100 000 Flugblätter verteilt, davon 15 000 in der DDR, 30 000 in Polen und mehr als 50 000 in der UdSSR.

*

Einen „Weihnachtsmarsch für das Leben“ bereiten mehrere kanadische Friedensorganisationen vor. Sie werden zu dem Marsch durch das positive Echo angespornt, das ein am 30. September und 1. Oktober durchgeführter Friedensmarsch in Presse, Rundfunk und Fernsehen gefunden hat. Am kanadischen Weihnachtsmarsch wird sich auch eine Gruppe aus der Bundesrepublik beteiligen.

Fortsetzung von Seite 2

vertrag nur nach der Wiedervereinigung“ läßt ihn zur Phrase zusammenschumpfen.

Es gibt Anzeichen und Belege für eine Zusammenarbeit amtlicher bundesdeutscher Stellen mit jenen amerikanischen Kräften, die gerade jetzt in immer schrilleren Tönen zum „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ aufrufen. Diese Kreise treiben zum Krieg, man lese nur die Resolution der „Airforce Association“. Die bloße Eindämmung eines Krisenherdes, eine Atempause, auch ein taktischer Rückzug sind für diese Politiker der Stärke ein zwar unerwünschtes, aber unter Umständen mögliches Opfer. Was sie fürchten, ist eine Lösung, die dem kalten Krieg endgültig den Ansatzpunkt nimmt. Ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten wäre für sie die denkbar empfindlichste Niederlage.

Unsere Aufgabe ist es, daß der Ruf nach einem Friedensvertrag vernehmlich wird, so vernehmlich, daß sich ihm die Politiker in Bonn, die durch Hinhaltenmanöver noch immer versuchen, den Notwendigkeiten einer realistischen Politik zu entinnen, nicht mehr entziehen können.

Neue Bücher

Robert Neumann

Hitler — Aufstieg und Untergang
des Dritten Reiches

Ein Dokument in Bildern

Verlag Kurt Desch, München, DM 19,80

Es geht seit einiger Zeit in der Bundesrepublik ein heftiger Streit um Bedeutung und Wert des Films „Das Leben Adolf Hitlers“. Einige Kritiker beanstanden, daß die Kameraleute das private Erdenwallen des „Führers“ kaum, hauptsächlich seine politische „Mission“ und ihre Folgen unter die Lupe genommen. Einige Rezensenten rügen die Produzenten des Streifens aber auch deshalb, weil sie nicht nur die furchtbaren Erscheinungen, sondern auch ihre Ursachen zu erforschen suchten: Hier heult offensichtlich der Hund, der sich auf den Schwanz greifen fühlt. Die Filmleute hatten bei der Durchsicht vieler Zehntausend Meter alter Dokumentaraufnahmen in bisher unerschlossenen Archiven auch Originalfotos entdeckt, die geeignet waren, die Schuldfrage zu beleuchten, und sie hatten den bemerkenswerten Mut, auch diese Photos in ihren Film aufzunehmen. Daraufhin stand aber in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen, die Ersteller dieses Films hätten „noch einmal die vordergründigste aller Deutungen für die Machtübernahme im Januar 1933 kolportiert: Industrie und Großgrundbesitz hätten Hitler in den Sattel gehoben“, und einer der wackeren FAZ-Mitarbeiter behauptet dreist und gottesfürchtig: „Die wichtigsten Zeugnisse in der Literatur sprechen eindeutig gegen diese Behauptung.“ Nun ist es allerdings sein Pech, daß jeder überlebende Zeitgenosse jener Tage, dessen Erinnerungsvermögen die Zeit und ihre diversen „Gehirnwäschen“ schadlos überstand, die Tatsachen noch zu rekonstruieren vermag und sich sehr wohl der allerdings mehr hintergründigen Rolle der deutschen Großindustriellen und Großgrundbesitzer, der Herrenclub- und Herrenreitercliques, der Generalität und der Hoffkamarilla des damaligen Reichspräsidenten erinnert.

Wir erwähnen hier die Pressefehde um diesen Film, weil nun genau dieselben Kreise die gleichen Argumente gegen ein Buch erheben, dem der oben erwähnte Film und sein Bildmaterial zugrundeliegen: „Hitler — Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches“. Was für den Film galt, gilt auch für dieses Buch. Seine Autoren haben den bewundernswerten — in der Bundesrepublik keineswegs selbstverständlichen — Mut, nicht nur den politischen Exekutor — den öffentlichen Popanz —, sondern auch seine Hintermänner, seine Finanziers und diplomatischen Akteure, die Geburtshelfer seines „Reiches“, an den Pranger zu stellen. Robert Neumann — der verdienstvolle Autor dieses Bildbandes — berichtet in seinem Vorwort, wie er und seine Mitarbeiter nicht nur die Film- und Bildbestände der amtlichen Archive durchgekämmt, sondern auch den privaten Photo-Alben traditionsstolzer SS-Männer und den darin sorgfältig gehüteten Souvenirs ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. So erwarben sie das Reproduktionsrecht an manchem Originalphoto, dessen Copyright mehr als fünfzehn Jahre lang in großdeutschen Familien-Alben schlummerte. So etwa dürfte man an das Bild des alten polnischen Juden gekommen sein, dessen langes Haupt- und Barthaar zur Erheiterung umstehender deutscher Landsler angezündet wurde; oder die Bilder russischer Bauern, die reihenweise an die Chausseebäume geknüpft wurden; oder der lange Zug nackter jüdischer Frauen, die durch das Spalier lustern grinsender deutscher Soldaten zur Vergasung getrieben wurden; oder auch die Spezialaufnahmen, die sich der „Führer“ vom qualvollen Tod der an Fleischerhaken gehängten Delinquenten für sein Privatvergnügen anfertigen ließ.

Der Herausgeber dieses Bildbandes sagt mit Recht, der Ernst des Buches habe es verboten, allzu private Nichtigkeiten aus dem Familienleben des „Führers“ — etwa seine „Braut“ als Nacktedei — in diese Sammlung aufzunehmen, aber er zögert nicht, die Industriegewaltigen von Rhein und Ruhr — die Herrn Kirdorff, Staatsrat Thyssen, Dr. Vögler, Dr. Poensgen, Finanzexperte Hjalmar Schacht, Herrenreiter Franz von Papen, Krupp von Bohlen und Halbach, Presse- und UFA-Boss Hugenberg und die Herrn Direktoren vom Deutschen Kalisyndikat — als ergebene Paladine des „Führers“ bilddokumentarisch festzuhalten, und unter das Kontertafel einer sehr freundlichen Begegnung Hitler-Krupp setzt der Herausgeber des Buches sinnigerweise den authentischen Ausspruch des Essener Ruhrkönigs: „Von der Ausrottung der Juden durch

Was bedeutet Koexistenz?

Briefwechsel zwischen Chruschtschow und Prof. Yasui

Über die Wiederaufnahme der Atomversuche hat sich eine weltweite Diskussion entwickelt. Der Präsident des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben“, Prof. Kaoro Yasui, hat sich neben anderen zum Sprecher vieler Atomrüstungsgegner in aller Welt gemacht und in Protestschreiben an Chruschtschow und Kennedy die Wiederaufnahme der Versuche angegriffen und um Erklärung für die Maßnahmen gebeten. Chruschtschow hat den Brief Prof. Yasuis ausführlich beantwortet. Wir entnehmen den beiden Briefen Auszüge, aus denen die gegensätzlichen Standpunkte, aber auch die Übereinstimmungen sehr deutlich hervorgehen.

Yasui: Ich entnehme aus der sowjetischen Erklärung vom 31. August 1961 (zur Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche, d. U.), daß die sowjetische Regierung die internationale Situation als außerordentlich gespannt und gefährlich betrachtet, insbesondere, soweit sie durch das Wiederaufleben des Militarismus und die atomare Bewaffnung in Westdeutschland entstanden ist, und daß sie dringend die Notwendigkeit empfindet, eine starke Rüstung, die auch moderne thermonukleare Waffen umfaßt, zu unterhalten, um in dieser Situation einen Krieg vermeiden zu können. Ich glaube, daß die Sowjetregierung diesen Schluß nicht nur aus einer Analyse der gegenwärtigen Situation, sondern auch aus den Lehren der Geschichte gezogen hat.

Ich glaube, daß das sowjetische Volk die Tragödie des Hitlerschen Überfalls ebensowenig vergessen kann, wie wir die Tragödien der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vergessen können. Im Lichte dieser geschichtlichen Erfahrung empfinden auch wir die Gefahr eines aus der gegenwärtigen Situation erwachsenden dritten Weltkrieges. Der Japanische Rat gegen A- und H-Bomben ruft die Öffentlichkeit dazu auf, sich die Gefahr der internationalen Situation nüchtern vor Augen zu führen und sorgfältig zu erwägen.

Chruschtschow: In letzter Zeit haben die Kriegsvorbereitungen der westlichen Länder im Zusammenhang mit dem deutschen Problem noch mehr an Umfang gewonnen. Im Verein mit den westdeutschen Revanchisten sind führende Staatsmänner der USA und der mit ihnen verbündeten Länder drangegangen, offen mit den Waffen zu klirren und mit der Entfesselung eines militärischen Konflikts zu drohen. Hunderttausende Reservisten sind einberufen worden, neue Kriegsschiffe, Militärflugzeuge und Raketen werden eiligst in Dienst gestellt. Zu provokatorischen Zwecken werden von Teilnehmerländern der aggressiven Blocks an den Grenzen der sozialistischen Länder militärische Manöver abgehalten. Wer würde sich darüber täuschen, daß ein Krieg, einmal entbrannt, sich unausbleiblich zu einem weltweiten Konflikt ausdehnen würde?

Yasui: Die sowjetrussische Erklärung bringt praktisch zum Ausdruck, daß unter dem Druck der internationalen Situation, die von den imperialistischen Mächten geschaffen wurde, die Sowjetunion zu dem sehr ersten Schritt der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche gezwungen wurde. Bedeutet das, daß die Sowjetunion sich nunmehr derselben Politik der Stärke bedienen wird, der bisher die imperialistischen Mächte gefolgt sind? Und wenn dem so ist, wie verträgt sich eine solche Politik mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz? ... Ich hoffe zutiefst, daß die Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Ihnen in einer den gegenwärtigen historischen Umständen entsprechenden Weise weiterentwickelt werden.

Chruschtschow: Die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet nicht, untätig dazusitzen und Schönwetter abzuwarten. Sie setzt tatkräftige Bemühungen um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, um den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit und die Festigung des Friedens voraus. Die Länder, die diese Politik auch wirklich durchführen, müssen beharrlich darauf hinwirken, daß die Keimzellen militärischer Konflikte aus der Welt geschafft werden. Diejenigen, denen die friedliche Koexistenz wider den Strich geht, sollen wissen: versuchen sie, das friedliche Leben der Menschen zu stören, so haben sie eine vernichtende Abfuhr zu gewärtigen.

Um es nicht auf äußerste Maßnahmen ankommen zu lassen, haben wir vorgeschlagen, rechtzeitig die Vorwände und Ursachen zu beseitigen, aus denen sich ein Konflikt ergeben könnte. Eben deshalb bestehen wir darauf, das deutsche Problem baldigst zu lösen, einen deutschen Friedensvertrag zu schließen und die Lage in Westberlin zu normalisieren. Mit ihrer Weigerung, das deutsche Problem zu lösen, zeigen die westlichen Länder, daß sie bestrebt sind, einen Kriegsherd zu erhalten und die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Yasui: Selbst wenn es notwendig war, daß die Sowjetunion Maßnahmen ergriff, um gegenüber den imperialistischen Ländern nicht ins Hintertreffen zu geraten, frage ich mich, ob es nicht möglich war, sich mit anderen Mitteln als mit der Wiederaufnahme der Atombombentests zu begnügen.

In der Resolution der 7. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben heißt es: „Wenn die Atombombentests jetzt wieder aufgenommen werden, so ist es offensichtlich, daß der Rüstungswettlauf beschleunigt wird.“

Chruschtschow (Chruschtschow spricht über das „Doppelspiel der Westmächte bei den Verhandlungen in Genf“ und fährt dann fort): Wie heuchlerisch die Haltung der Westmächte ist, wird auch dadurch bestätigt, daß sie während der Genfer

Verhandlungen das Wettrüsten keineswegs einstellten, sondern intensivierten, indem sie nukleare, chemische und bakteriologische Waffen in gewaltigen Mengen lagerten. Unter diesen Umständen hätte ein Abkommen über die Einstellung der Atomwaffenversuche ohne den Abschluß eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung der Sache des Friedens einen schlechten Dienst erwiesen. Es hätte bloß eine Illusion von Sicherheit geweckt. Die Menschen hätten gemeint, die Gefahr eines Kernkrieges sei geringer geworden. Indes hätte dieses Abkommen die Anhäufung von nuklearen und sonstigen tödlichen Waffen keineswegs gehemmt und im Falle eines Krieges, mit dem die imperialistischen Mächte drohen, den Einsatz dieser Waffen zweifellos nicht verhindert. Das Verhalten der Westmächte sowohl in den Fragen der Abrüstung als auch bei den Verhandlungen über ein Kernwaffenverbot zeugt davon, daß es ihnen darum zu tun ist, der UdSSR die Möglichkeit zu nehmen, angesichts des gegen sie und alle friedliebenden Staaten in Vorbereitung befindlichen Krieges den notwendigen Bestand an Verteidigungskraft aufrecht zu erhalten.

Yasui: Was ist der Grund dafür, daß die Sowjetunion es für notwendig hielt, die Wiederaufnahme der Atomversuche vor den Vereinigten Staaten und England zu beschließen? Ich stelle dabei durchaus in Rechnung, daß Frankreich, ein führendes Mitglied der NATO, seine Versuche ständig fortgesetzt hat.

Ich will damit nicht sagen, daß ich die Wiederaufnahme der Versuche durch die Sowjetunion billigen würde, wenn die Sowjetunion damit den USA und England gefolgt wäre. Ich bin ein entschiedener Gegner der Wiederaufnahme der Atomversuche, gleichgültig, wer sie zuerst wieder aufnimmt. Die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre Versuche vor den beiden anderen in Frage kommenden Ländern wiederaufgenommen hat, hat viele Menschen in Zweifel gestürzt und das Ansehen der Sowjetunion merklich beeinträchtigt. Ich wäre Ihnen für eine Erklärung sehr dankbar.

Chruschtschow: Bekanntlich stellte die Sowjetunion am 31. März 1958 von sich aus die Atomversuche ein, obwohl die USA und England weit mehr Kernexplosionen vorgenommen hatten. Wie reagierten die Westmächte auf diesen Schritt? Im Sommer 1958 führten sie eine neue Versuchsreihe durch. Darauf verlautbarten sie ein Moratorium über Kernwaffenversuche. Faktisch wurden die Versuche jedoch von Frankreich, ihrem Verbündeten im aggressiven Nordatlantikkpakt, fortgesetzt. Somit wurde das englisch-amerikanische Moratorium zu einer Fiktion. Für uns ist es ja belanglos, welcher NATO-Staat die Atomexperimente durchführt, um neue Erkenntnisse über die Kernwaffen zu gewinnen. Von Belang ist, daß der NATO-Block diese Erkenntnisse benutzt, um die thermonuklearen Waffen, mit denen man uns droht, zu vervollkommen.

Folglich wäre es richtiger zu sagen, daß die westlichen Länder im Grunde die Kernwaffenversuche nicht eingestellt haben, während die Sowjetunion ihr Wort hielt und keine Kernwaffenexplosionen durchführte. Die Sowjetregierung hat wiederholt warnend darauf hingewiesen, daß sie genötigt sein würde, die Experimente wieder aufzunehmen, wenn Frankreich die Atomversuche nicht einstellen sollte. Leider haben Frankreich und seine NATO-Verbündeten diese berechtigte Warnung in den Wind geschlagen.

Yasui: In der sowjetischen Erklärung heißt es, es sei jede Maßnahme getroffen, um die gefährlichen Wirkungen der Atomexplosionen so gering wie möglich zu halten. Gibt es denn irgendeine sichere, wissenschaftlich fundierte Vorkehrung gegen diese schädlichen Wirkungen? Ist es nicht vielmehr so, daß diese gefährlichen Folgen niemals ganz vermieden werden können? Wenn darüber hinaus die Wiederaufnahme der Versuche einen Versuchswettlauf zwischen den Großmächten in Gang setzt, werden dann nicht die Folgen, die durch die radioaktive Verseuchung der Atmosphäre und des Wassers entstehen, schrecklich sein?

Chruschtschow: Die Gefühle der Menschen sind begreiflich, die ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, daß die Kernwaffenversuche die Gesundheit gefährden. Was soll man aber tun, wenn die Imperialisten nicht nur die Gesundheit, sondern sogar das Leben von Hunderten Millionen Menschen aufs Spiel setzen? Wir sind gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die den Aggressor ernüchtern könnten und es uns ermöglichen würden, ihn vernichtend zu schlagen, sollte er es wagen, der Welt einen Krieg aufzuzwingen. Zu diesem Zweck braucht man Bomben von erhöhter Stärke. Die Sowjetunion hätte ihre Pflicht vor ihrem Volke, vor den Völkern der anderen sozialistischen Länder und vor allen friedliebenden Völkern der Welt nicht erfüllt, hätte sie unter den gegebenen Umständen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft der Sowjetunion unterlassen.

Yasui: Die jüngste Entwicklung der internationalen Situation hat zu bedrohlichen Anzeichen eines größeren bewaffneten Zusammenstoßes zwischen Ost und West geführt. Das bedeutet für die Menschheit eine schwere Gefahr. In diesem kritischen Augenblick sind Verhandlungen über die Erhaltung des Friedens dringend notwendig. Haben Sie gegenwärtig die Absicht, mit Präsident Kennedy und anderen westlichen Staatsmännern Gespräche zu beginnen, um den jetzt erreichten toten Punkt zu überwinden?

Chruschtschow: Sie fragen, ob ich bereit bin, mit den führenden Staatsmännern des Westens zusammenzukommen, um einen Ausweg aus der entstandenen schweren Lage zu finden. Gewiß, ich bin bereit. Bekanntlich trat die Sowjetunion stets dafür ein und wird auch weiterhin dafür eintreten, daß die weltpolitischen Streitfragen nicht auf dem Kriegswege, sondern auf dem Verhandlungswege entschieden werden. Wir sind bereit, uns an den runden Tisch zu setzen, selbstverständlich nicht um der bloßen Verhandlungen willen, sondern um die Fragen im Prinzip zu lösen. Sollten die Westmächte ehrliche, sachliche Verhandlungen wünschen, so wird die Sowjetunion zweifellos an ihnen teilnehmen, um allseitig annehmbare Lösungen der akuten weltpolitischen Probleme ausfindig zu machen.

Hitler habe ich nichts gewußt, und überdies: Wenn man ein gutes Pferd kauft, muß man ein paar Mängel hinnehmen." Und im Vorwort schreibt Robert Neumann dazu: „Wir weigern uns zu verschweigen, daß Gespenster von gestern Realitäten von heute sind...“

Robert Neumann verschweigt auch nicht die zweifelhafte, oder auch völlig eindeutige Rolle gewisser deutscher „Geiststräger“, namhafter deutscher Künstler und Literaten, und auch die sehr fragwürdige Haltung mancher Kirchenfürsten in Deutschland (beider Konfessionen!) von Dibelius bis Pacelli wird gebührend ins Bild gerückt. Der Legendenbildung um den 20. Juli widerspricht die Bilddokumentation von der ganz offensichtlich pro-nazistischen Neigung des deutschen Offizierskorps.

Aber dieser Bildband erschöpft sich nicht in der Sichtbarmachung der Schande und des Schreckens, er bezeugt auch die Kräfte des deutschen Widerstandes. Er beweist, daß der echte Widerstand sich nicht erst mit den Ratten, die das sinkende Schiff zu verlassen suchten, auf dem sie es sich lange hatten gut sein lassen, manifestierte, sondern schon den Anfängen des Faschismus zu wehren suchte: Da erscheinen die Bilder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, die bereits 1918 die junge deutsche Republik vor ihren Feinden warnten und gegen sie zu wappnen versuchten und darum als erste dem politischen Meuchelmord zum Opfer fielen; da erscheinen im Bild die Massendemonstrationen deutscher Arbeiter, die unter den roten Fahnen des Sozialismus und unter den schwarz-rot-goldenen Bannern der Republik aufmarschierten, leider getrennt marschierten und darum auch getrennt geschlagen werden konnten; da erscheinen Momentaufnahmen von erbitterten Straßenkämpfen, von RFB-Aufmärschen mit Ernst Thälmann in vorderster Linie; und da begegnen wir den Photos der Opfer, die hier stellvertretend für Zehntausende abgebildet werden: Männer, Frauen, Jugendliche; erschlagen, erschossen, erdölcht, erhängt, geköpft, vergast... Und bis in die letzten Monate des Krieges hinein weist der Bildband Existenz und Wirksamkeit des Widerstandes nach: Aufnahmen von Gerichtsverhandlungen, Porträts von Gehetzten, Faksimilies illegaler Zeitungen und Flugblätter deutscher Widerstandsgruppen. Das letzte Bild zeigt eine Mauer, an dessen Fuß die Leichen Füßlierteer liegen, und quer über die Bildseite läuft der Text: „Die ewige Gefahr... neue Hakenkreuze 1960, 1961...“

Dem Desch-Verlag, seinen Mitarbeitern und den Herausgebern dieses Buches gebührt Dank und Anerkennung: „Die Lektion, die aus diesen nur mit spärlichen Worten kommentierten Bildern spricht, ist klar. Mögen die Deutschen dieser Generation sie lernen“, schreibt Robert Neumann in seinem Begleitwort: „Ein deutsches Problem? Es ist ein Problem der Welt.“ T.

*

Klara-Marie Faßbinder
Begegnungen und Entscheidungen
Blätter aus einem Lebensbuch
Progress-Verlag Johann Fladung,
Darmstadt, DM 7,50

Jeder Staatsbürger verspürt wohl zuweilen das Bedürfnis, den Sprechern der verschiedenen politischen Strömungen und Richtungen seines Landes auch einmal persönlich näherzutreten, sie sozusagen „von Mensch zu Mensch“ kennenzulernen, von ihrem Wachsen und Werden und den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen es sich vollzog, zu erfahren. Wir denken dabei ganz gewiß nicht an persönliche Indiskretionen, an die respektlose Verletzung jener privaten Lebenssphäre, auf die sich die Klatschbasen gewisser Nachrichtenmagazine stürzen. Wir verabscheuen die Schlüsselochreportagen der Illustrierten, haben aber auch nicht den geringsten Sinn für jene „Memoiren“-Schreiber, die sich in eifriger Selbstbespiegelung Lorbeer ums eigene Haupt winden. Aber wir erinnern uns, daß die schlichten Lebensbeschreibungen politischer Persönlichkeiten die Bewußtseinsbildung ganzer Generationen nachhaltig beeinflussen und denken dabei etwa an Lily Brauns „Memoiren einer Sozialistin“ oder an August Bebel's „Aus meinem Leben“.

Zu dieser schlichten Art, Rückschau zu halten und die Ereignisse und Erscheinungen des eigenen Lebens auf ihre überpersönliche Bedeutung hin zu prüfen, gehören auch die „Blätter aus einem Lebensbuch“ der Klara-Marie Faßbinder, die der Progress-Verlag Johann Fladung, Darmstadt, unter dem Titel „Begegnungen und Entscheidungen“ herausbrachte. Die Autorin ist ungezählten Menschen in der Bundesrepublik und weit darüber hinaus als mutige Publizistin und Sprecherin, als unermüdete Kämpferin für Frieden, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit bekanntgeworden, so daß der Verlag mit dieser Veröffentlichung zweifellos einem echten Bedürfnis entsprach.

Klara-Marie Faßbinder stammt aus einer katho-

Volk ans Gewehr!

Zur Rede Lübkes vor der Bundeswehr-Akademie

Es gehört zu den Grundsätzen der Verfassung der Bundesrepublik, daß dem Bundespräsidenten unmittelbare Eingriffe in die Politik versagt sind. Der Träger des höchsten staatlichen Amtes soll über den Parteien stehen; denn seine Aufgabe ist es, für das ganze Volk zu sprechen.

Wer die Wege und Methoden Bonner Politik verstehen will, darf nur eines nicht sein: naiv. Und naiv wäre es in der Tat, wollte man glauben, der Bundespräsident habe mit seiner Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg lediglich die Absicht verfolgt, den Fähnrichen der Bundeswehr politische Belehrungen zukommen zu lassen; die Rede wurde durch das Fernsehen übertragen und in den meisten westdeutschen Zeitungen zumindest in langen Auszügen, wenn nicht im vollen Wortlaut, wiedergegeben. Wir müssen daher diese Rede als ein Dokument auffassen, das eine Analyse wert ist. Ihr Adressat war nicht die deutsche Öffentlichkeit, sondern Präsident Kennedy. Zum Beweis das folgende Zitat: „Ihre (gemeint ist die Bundesrepublik) besondere politische und geographische Lage an der Nahtstelle zwischen dem Ostblock und den Staaten, die sich in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, erlegt ihr aber auch die verstärkte Pflicht auf, vor jedem Zurückweichen zu warnen. Jeder Verlust an Gebiet und an Prestige bedeutet auch einen Verlust an Glaubwürdigkeit und kann eine Vertrauenskrise im Westen auslösen, die den Selbsthaltungswillen aller freien Völker empfindlich schwächt.“

Nicht ohne Grund warnt Lübke vor dem, was er „Zurückweichen“ nennt. In den USA und in England wird heute in aller Offenheit über eine Neuorientierung der Deutschland-Politik diskutiert. Der Verzicht auf atomare Ausrüstung für die Bundeswehr, die Einrichtung einer von den Großmächten und der UNO garantierten atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze bedeuteten einen radikalen Bruch mit der bisherigen Deutschlandpolitik des Westens. Noch ist es völlig ungewiß, ob es dazu kommen wird. Es ist offensichtlich, daß es in den politisch einflußreichen Kreisen der USA tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten gibt.

Die Rede Lübkes macht auf den unbefangenen Hörer oder Leser den Eindruck, als sei sie am Vorabend eines Krieges zu Papier gebracht. „Höchstmaß an Schlagkraft und Verteidigungsbereitschaft“, „im ganzen Volk den Widerstandswillen und die Opferbereitschaft wecken“ — schon der Sprachgebrauch ist erschreckend. In jedem Absatz der Rede spiegelt sich die drohende Gefahr eines Krieges wider. Aber man wartet vergeblich auf die wenigen Sätze, die nötig wären, um einen Ausweg aus dieser Krise zu zeigen. Statt dessen baut Herr Lübke vor uns einen bluttriefenden Popanz „Weltkommunismus“ auf, dessen diabolische Züge wenig mit der Wirklichkeit gemein haben. Wer heute, nach

den grundlegenden Entscheidungen, die auf der „Moskauer Beratung“ und auf dem XXII. Parteitag der KPdSU getroffen wurden, noch Sätze schreiben kann wie: „Krieg und Frieden bedeuten den Kommunisten Instrumente ein und derselben Politik, die lediglich nach Zweckmäßigkeitseckspunkten ausgewechselt werden“, der hat ein für allemal darauf verzichtet, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie ihm nicht ins politische Konzept paßt. Das hindert natürlich nicht, daß Herr Lübke mit seiner „Entlarvung des Bolschewismus“ bestimmte Absichten verfolgt. Sie dient ihm dazu, die bestehende Gefahr eines atomaren Weltkrieges als unausweichlich und permanent hinzustellen. Wenn die Gefahr eines Krieges nur darin besteht, daß die Bolschewiken in ihrer Teufelei eines Tages beschließen, unerwartet die Bundesrepublik zu überfallen, dann ist natürlich jedes Nachdenken, ob nicht auch der Westen zu dieser Krise das Seine beigetragen hat, überflüssig, dann sind Verständigung und Koexistenz etwas so Absurdes, daß man, wie Herr Lübke das tut, darüber nicht einmal ein Wort zu verlieren braucht.

In den USA und Großbritannien diskutiert man heute, ob man nicht die offensive Politik aufgeben sollte, und zwar, weil sie bisher versagt, weil sie nichts eingebracht und statt dessen die eigene Position verschlechtert hat. Die Rede Lübkes war kein qualifizierter Diskussionsbeitrag. Interessant ist sie allein um der Person des Redners willen. Lübke gab sich den Anschein, für das Volk zu sprechen; er versuchte gleichsam wie ein Schachspieler in einer verfahrenen Situation „die Bauern ins Spiel zu bringen“. Die Rede und ihr beabsichtigtes Echo sollte den Amerikanern den Anschein bieten, daß die Bevölkerung Westdeutschlands hinter der Politik des kalten Krieges steht und für diese Politik sich sogar notfalls opfern lassen will. Darum auch der Satz: „Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen“, der jedem Deutschen ins Herz schneidet. Wenn sie diesen Satz schlucken, so sollte man in den USA denken, dann werden die Deutschen eine Entspannungspolitik nicht hinnehmen. Die Position Adenauers in den Verhandlungen mit den Westmächten wäre dadurch erheblich gestärkt worden.

Aber diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Man hatte den Bogen überspannt. Sicherlich ist die westdeutsche Bevölkerung entpolitisiert und reagiert auf viele Zumutungen nur noch mit Apathie. Gegen die Worte Lübkes aber erhob sich ein Sturm des Protestes. Viele begriffen erst durch die Worte Lübkes, wo wir heute stehen. Soviel ist klar geworden: Das deutsche Volk ist für einen Bruderkrieg, der der atomare Weltkrieg wäre, nicht zu gewinnen. Die Reaktion auf die Rede Lübkes hat bewiesen, was schon am 17. September deutlich wurde: Die Bevölkerung der Bundesrepublik wünscht eine neue Politik, die zu einer friedlichen Lösung der gegenwärtigen Krise führt.

lischen Lehrerfamilie. Sie wurde 1890 in Trier geboren, und in ihrem Elternhause galten die Namenstage der katholischen Heiligen, das Weihnachtstfest, aber auch Kaisers Geburtstag als die höchsten Feiertage.

Sie blieb in ihrer Jugend keineswegs unberührt von nationalistischen und auch antisemitischen Anfechtungen. Als der erste Weltkrieg ausbrach war sie von der „Gerechtigkeit der deutschen Sache“ so durchdrungen, daß sie ihr Universitätsstudium abbrach und sich zur Truppenbetreuung „ins Feld“ begab. Sie arbeitete in der Etappe als Bibliothekarin und Redakteur einer Soldaten-Zeitung und versuchte privat auch die Nöte der französischen Zivilbevölkerung zu lindern. Und als sie im November 1918 Zeugin des Zusammenbruchs wurde, erinnerte sie sich des Verses der Iphigenie: „So seid ihr Götterbilder auch zu Staub!“ Die russische Revolution erschien ihr aus dieser Perspektive wie ein „Strafgericht Gottes“.

Ihr wurde die Kulturfeindlichkeit der Kriege bewußt, und sie sprach bereits 1925 vor 5000 Lehrerinnen über das Thema „Die Erziehung zum Frieden durch die Schule“.

Sie bereiste in jenen Jahren mehrmals Frankreich, England, Italien und die Schweiz, trat auf internationalen Kongressen in Erscheinung, begegnete der großen Künstlerin Käthe Kollwitz und dem jüdischen Philosophen Martin Buber, lernte anläßlich einer Begegnung mit amerikanischen Negern das Rassenproblem kennen und wurde 1932 in einer Naziversammlung als „Judenhure“ beschimpft und aus dem Saal getrieben.

Als die Nazis ihr Gewaltregime errichteten, befand sie sich auf einer ausgedehnten Ostasienreise. Der erschütternde Anblick des Massenelends in den Straßen indischer und chinesischer Städte ließ sie die Vorgänge in Deutschland zeitweise vergessen, als sie aber zurückkam und das Saargebiet „heim ins Reich“ fand, wurde sie aller Ämter enthoben und durch ministerielle Verfügung aus dem Schuldienst entlassen. Es begann für sie ein „Von-der-Hand-in-den-Mund-leben“. Sie ernährte sich kümmerlich mit Übersetzungsarbeiten und der Veröffentlichung kirchengeschichtlicher Studien.

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen ins Rheinland wurde sie rehabilitiert und als Professorin für Geschichte an die Pädagogische Akademie Bonn berufen. In holder Einfalt hatte sie nun zunächst geglaubt, einer „Friedensarbeit“ würde es nun nicht mehr bedürfen, da das Erlebnis des zweiten Weltkrieges ausnahmslos alle Menschen von der Notwendigkeit des Friedens überzeugt habe. Um so schwerer traf sie die Nachkriegsentwicklung und die Remilitarisierung der Bundesrepublik. Als sie im August 1950 eine Erklärung Adenauers vernahm, in der der Kanzler sich für die Wiederbewaffnung aussprach, reagierte sie spontan mit einem leidenschaftlichen Protestbrief an Adenauer, und damit hatte ein neuer Abschnitt ihres Friedenskampfes begonnen. Entschlossener denn je stellte sie sich nun in die vorderste Linie dieses Kampfes. Keine persönliche Verunglimpfung und Verdächtigung und auch nicht die neuerliche Suspendierung von ihrem Schulamt konnten sie beirren.

Besonders eindringlich schildert sie eine Begegnung mit dem sowjetischen Minister Semjonow, der ihr im Laufe eines langen Gespräches versicherte, daß zwar eine Vermischung von kirchlicher und marxistischer Ideologie ausgeschlossen sei, daß aber ungeachtet dessen Kirche und Sozialismus sehr wohl einen gemeinsamen Weg zum Wohle der Menschen beschreiten könnten. Und als Frau Faßbinder endlich auch Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Staatsmann Chruschtschow gefunden, schrieb sie in ihre Tagebuchblätter: „Ich hatte hier die russische Erde berührt, den Grund, aus dem dieses Volk emporgestiegen ist, das nun sein Schicksal im Licht des Tages in die Hand nehmen will...“ Sie betrachtet als strenge Christin die Entwicklung in der östlichen Welt keineswegs ohne Vorbehalte, aber sie weiß um die „verheerenden Wirkungen eines Krieges, der sowohl die Ansätze einer neuen sozialistischen Weltordnung als auch die Denkmäler christlichen Abendlandes vernichten würde“, und sie meint: „Erst wenn der Friede gesichert ist, könnten diese beiden Welten wirklich geistig miteinander ringen und den Beweis erbringen, welche von ihnen die dem Menschen, seiner Würde und seinem Heil entsprechendere ist.“ Und nach der Schilderung eines langen Gespräches mit einem sowjetischen Menschen fragt sie ihre Leser: „Spüren meine Leser, wie wesenlos es war in diesem Augenblick, daß mein Gesprächspartner wahrscheinlich ein Bolschewik war und ich mich zum Christentum bekenne? Daß uns ein Gemeinsames verband: die Sorge um den Menschen, der ihm Bruder und Genosse war, mir ein Mitmensch, das Ebenbild Gottes, über den Gott einst von uns Rechenschaft fordern wird.“ Die Autorin dieses sehr lesenswerten Buches darf gewiß sein, daß nur wenige ihrer Leser die Bedeutung eines solchen Gespräches verkennen, und nur wenige zögern werden, die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Jeder hat eine Chance!

Der Schriftsteller Karl Ludwig Opitz wurde durch die Broschüre des Bundesluftschutzverbandes „Jeder hat eine Chance“ und die daselbst verbreiteten tröstlichen Aussichten auf ein Überleben im Atomkrieg dazu angeregt, unter demselben Motto einen „Evakuierungsplan“ auszuarbeiten, dessen Befolgung, wie wir meinen, mindestens ebenso große Chancen bietet, wie die vom Bundesluftschutzverband errechneten. Wir empfehlen den Plan den zuständigen Ministerien zur Erwägung.

D. Red.

I.

Falls unsere vom Volke gewählte und gewollte Regierung der Bundesrepublik Deutschland unsere vielgeliebte Freiheit zu verteidigen gezwungen wird, werden sich die Kampfverbände der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, die technische Nothilfe und die mittels des Notstandsgesetzes Dienstverpflichteten ihrer hohen Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland bewußt sein und die ihnen von Gott auferlegten Pflichten tapfer und freudig erfüllen, mag kommen, was immer da wolle.

II.

Die im Kampfgebiet Territorium der Bundesrepublik nicht benötigten Personen und Körperschaften, Nutz- und Zuchttiere sollen sich so weit wie möglich aus eigener Initiative rechtzeitig evakuieren. Darunter fallen:

- Kranke, Gebrechliche, Insassen von Heil- und Pflegeanstalten, Arbeitsunfähige.
- Schwangere und Kinder unter 12 Jahren.
- Frauen, soweit sie nicht dienstverpflichtet sind.
- Männer, soweit sie nicht den oben genannten Verbänden angehören oder keine Dienstverpflichteten sind.
- Jugendliche über 12 Jahren, soweit sie nicht den oben genannten Verbänden angehören oder keine Dienstverpflichteten sind.
- Landwirtschaftliche Nutztiere, soweit sie nicht dienstverpflichtet sind.
- Haustiere, soweit sie als „Zucht-tiere“ erfaßt sind.

III.

Für die in Absatz II. Genannten von a) bis g) gelten folgende Evakuierungsanweisungen:

Bisheriger Aufenthaltsort:

Schleswig-Holstein, einschl. Hamburg, Lübeck

Zugewiesene Territorien:

Dänemark, Norwegen, Schweden, Faeröer, Bornholm

Hamburg—Aalborg: 430 km. Lübeck—Hälsingborg über Fehmarn, Rödby, Vordingborg, Kopenhagen: 300 km (Fährboote). Zu empfehlen ist der idyllische Wanderweg: Husum, Esbjerg, Bjerget: 350 km.

Bisheriger Aufenthaltsort:

Niedersachsen einschl. Bremen

Zugewiesene Territorien

Niederlande, Großbritannien, Nord-
Irland, Shetland-Inseln

Kanalfähren in Ostende, Vlissingen und Rotterdam. Hannover—Ostende: 500 km. Bremen—Shetland-Inseln: 1300 km. Fährboote ab: John O' Groats und Newton Stewart. Nähere Auskünfte über die zu empfehlenden

Wanderstraßen erteilen die Rotes-Kreuz-Stationen. Gute Schwimmer überqueren den Kanal zwischen Ostende und Dover.

Bisheriger Aufenthaltsort:
Hessen

Zugewiesene Territorien:

Island, Scilly-Inseln, Normannische Inseln, Nordfrankreich
Kassel—St. Pierre-Port: 985 km. Frankfurt—Scilly-Inseln: 1245 km. Fährboote ab: Brest und Le Havre. Darmstadt—Reykjavik: 2600 km. Die in Island weitverbreiteten heißen Quellen bieten günstige Gelegenheiten zum Teebrühen. Gute Apfelweine bieten die Normandie und die reizvolle Bretagne.

Bisheriger Aufenthaltsort:
Rheinland-Pfalz, Saar

Zugewiesene Territorien:
Luxemburg, Nordfrankreich

Sehr schöne Gegenden sind das Quartier Latin in Paris und die beliebten Schlachtfelder der bekannten Weltkriege I und II: Douaumont, Vaux, Cambrai, Caen, Falaise. Ein Besuch der Heldenfriedhöfe ist eine bleibende Erinnerung. Sportangler sollten St. Malo und Brignogan bevorzugen. Köln—Brignogan: 1012 km. Saarbrücken—Compiègne: 325 km.

Bisheriger Aufenthaltsort:
Bayern

Zugewiesene Territorien:
Österreich, Italien, Korsika

Nürnberg—Calabria: 1950 km. München—Graz: 330 km. Regensburg—Venedig: 485 km. München—Ajaccio: 840 km. Legen Sie in Ajaccio, dem Geburtsort Napoleons, an seinem Denkmal (direkt am Jachthafen) ein paar Blumen nieder. (1812 Feldzug gegen Rußland!) In der Peterskirche zu Rom: tägl. Bittgottesdienste von 12 bis 21 Uhr. Landschaftlich sehr gediegene Paßübergänge: Innsbruck—Fortezza, (Brenner), Kitzbühel—Heiligenblut, (Tauern). Gehbehinderte wandern am besten den traditionellen Steig: Berchtesgaden—Dongo am Comer See, (durch den schönen Engadin!) Man spricht deutsch!

Bisheriger Aufenthaltsort:
Baden-Württemberg

Zugewiesene Territorien:

Spanien, Sardinien
Alt-Badenser nach Sardinien! Heidelberger nach Toledo (Alcazar!) Die spanische Landwirtschaft benötigt dringend Arbeitskräfte (katholische!). Stuttgart—Jerez de la Frontera: 2150 km. Karlsruhe—Malaga: 1800 km. Angehörige der „Legion Condor“ treffen sich in: Brunete (Gruppe Galland), in Guadalajara: (Gruppe Mölders). Apfelsinenbäume, Tarantella tanzende, glut-
äugige Mädchen, Kastagnettengeklapper und ewig blauer Himmel. Evangelisch-lutherische Bundesbürger werden um religiöse Zurückhaltung ersucht.

Bisheriger Aufenthaltsort:
West-Berlin

Zugewiesene Territorien:

Pantelleria

Anmarschweg: 2500 km. Fähren in: Villa S. Giovanni, (via Messina) und in: Reggio, (via Messina). Überfahrt nach dem West-Sektor Pantelleria ab: Porto Empedocle. Taormina ist für den Senat reserviert; daselbst: Amphitheater. Pantelleria verfügt über einen langgestreckten, seichten Strand: P. di Frahm (Herbert Ernst Karl Frahm). Die Benutzung der Bundesbahn ist für die in Absatz II. Genannten nur bedingt möglich. Flugzeuge ausgeschlossen. Autobahnen und Straßen 1. Ordnung dürfen zum Erreichen der zugewiesenen Territorien nicht betreten werden. Evakuierten-Trecks werden von den Rollbahnen geschossen!

IV.

Nur für Personen mit einem versteuerten Jahreseinkommen über 100 000 DM und deren Angehörige gelten folgende Evakuierungsempfehlungen:
Sizilien

Flughäfen für Privatflugzeuge:

Catania. Jachthäfen: Messina, Siracusa, Palermo, Marsala, Trápani. Schweiz

Flughäfen für Privatflugzeuge:

Muzzano, Magadino, Ascona. Balearen

Flughafen für Privatflugzeuge:

Mallorca. Jachthäfen: Ibiza, Mallorca, Mahon.

Kanarische Inseln

Flughafen für Privatflugzeuge:

Las Palmas. Jachthäfen: Sta. Cruz, Las Palmas, Puerto de Buenavista. Vatikan, Malta

nur für röm.-kath. Würdenträger

Madeira

nur für Stabsoffiziere a. D.

Einschiffung: Lissabon.

Bahama-Inseln

nur für Wirtschaftsführer

Südafrikanische Union

nur für polit. belastete Juristen. Einschiffungen in: Marseille, Genua, Brest, Cherbourg, Neapel, Rotterdam.

Griechenland, Rhodos und die ägäischen Inseln

nur für Adelige

Hawaii-Inseln

Maui und Molokai: nur für Mitglieder der Bundesregierung. Kauai und Niihan: nur für Mitglieder der Länderregierungen.

Bei den Grenzübergängen ist außer dem Personalausweis und dem Reisepaß der letztlich ergangene Einkommensteuerbescheid vorzulegen. Es empfiehlt sich, auch Bank-Referenzen mitzunehmen.

V.

Insassen von Strafanstalten, Sicherungsverwahrte, Fürsorgezöglinge,

Fortsetzung auf Seite 8

Prostituierte, Staatenlose und Ausländer aus den Ostblockstaaten dürfen an der Evakuierung nicht teilnehmen.

VI.

Angehörige kommunistischer Tarnorganisationen und deren Familienmitglieder dürfen nicht evakuiert werden. Im Zweifelsfall entscheidet das örtliche Polizeirevier oder ein Mitglied der „Christlich-Demokratischen Union“.

VII.

Setzen Sie sich von ihrem bisherigen Aufenthaltsort möglichst in geschlossenen Gemeinschaften ab. (Pfarrgemeinde, Hausbewohner etc.) Versorgen Sie sich mit Proviant! (1 bis 2 Monate). Milchpulver für Kleinkinder! Verbandspäckchen, Wolldecke, Schlafsack, Zelt, Nähzeug, Feldflasche, Spaten, Leibwäsche, Waschzeug, Bibel oder Katechismus, Medikamente (Beruhigungsmittel), Trinkbecher, Regenumhang, Luftmatratze, Wertsachen (Volksaktien, Policen, Urkunden; private Spar- und Bankguthaben werden nach dem Endsieg voraussichtlich 1:10 ersetzt werden), Kompaß, Wörterbuch in der vorgesehenen Landessprache, Geld! Ausweispapiere! Als Transportmittel empfehlen sich erfahrungsgemäß: Hand- und Kinderwagen. Treibstoffe für Kraftfahrzeuge werden den im Absatz II. Genannten nicht verabreicht! Die Vernichtung von Heim, Haus, Hof, Wohnung, Werkstatt, Ge-

schäft, Garten etc. überlassen Sie am besten den Einwirkungen der dazu geeigneten Waffen. Töten Sie vor der Abreise ihre nicht evakuierungsberechtigten Tierkameraden mit der angebrachten Humanität. Alte Leute, die sich erfahrungsgemäß nur sehr schwer an eine neue, ihnen ungewohnte Umgebung gewöhnen können, lassen Sie am besten daheim. Vergessen Sie nicht die Gas- und Wasserhähne zu schließen. Und bereiten Sie sich schon auf dem Weg in das angewiesene Territorium psychologisch darauf vor, daß Sie nicht vor 30 Jahren in ihre (radioaktive) Heimat zurückkehren können.

VIII.

Sie dürfen von den Bewohnern der gastgebenden Länder durchaus ein verständnisvolles Mitgefühl, aber keine wirtschaftliche oder finanzielle Unterstützung erwarten. Fördern Sie das deutsche Ansehen im Ausland durch Ruhe und Gelassenheit, mit denen Sie ihr Schicksal am besten tragen. Bleiben Sie sich stets bewußt, daß Sie Bundesbürger sind, und beten Sie für die Daheimgebliebenen und für den wohlverdienten Endsieg unserer Verteidigung.

EINIGKEIT, RECHT UND FREIHEIT!
Komitee für die Wiedervereinigung
Deutschlands in Frieden und
Freiheit e. V.
gez. K. Rhöndorfer

Aufruf zum Ostermarsch 1962

Der Zentralauschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ ruft alle Gegner der Atomrüstung zur Vorbereitung des Ostermarsches 1962 auf:

Der Frieden der Welt, die Existenz der Menschheit sind immer noch tödlich bedroht. Ost und West treiben weiterhin Politik mit der Bombe. Die Fortsetzung der Atomwaffentests durch Frankreich, die Wiederaufnahme der Atomwafferversuche durch die UdSSR und die USA haben die internationalen Spannungen gesteigert. Darüber hinaus ist durch die Atomwafferversuche der atomare Ausrottungsprozeß bereits vor einem Kriegsausbruch im Gange.

Jede vernünftige, jede menschliche Politik hat heute zuallererst die Achtung der Massenvernichtungsmittel zur Bedingung. Deshalb ist es die Aufgabe der Friedliebenden, allen Schwierigkeiten, aller Verführung, Vergeßlichkeit und Resignation zum Trotz den Widerstand gegen den nuklearen Massenmord und seine Vorbereitung zu mobilisieren, um folgende Forderungen durchzusetzen:

Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwafferversuche,
Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen,
Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen,
Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

Gerade die Situation in Deutschland zwingt uns zu höchster Aktivität. Das Verlangen nach Atomwaffen für die Bundesrepublik erhöht entscheidend die weltpolitische Spannung und die

Gefahr eines nuklearen Krieges.

Wir fordern deshalb für Deutschland: Verzicht auf atomare Bewaffnung in Verzicht auf die Stationierung atomarer Truppen auf deutschem Territorium, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Die Bewegung gegen nukleare Waffen hat in der jüngsten Zeit, nicht zuletzt durch die Tätigkeit der CND (Campaign for Nuclear Disarmament) und des Komitees der Hundert in Großbritannien, an öffentlichem Einfluß gewonnen.

Wir fordern schon heute dazu auf, durch Vorbereitung des Ostermarsches der Atomwaffengegner 1962 und durch weitere Aktionen bis Ostern 1962 auch in der Bundesrepublik Deutschland den Protest gegen atomare Waffen in Ost und West unüberhörbar zu machen. Die Regionalaussschüsse werden rechtzeitig Aktionen in ihrem Bereich bekanntmachen. Jeder, der unsere Forderungen bejaht und die Disziplin in unserer Bewegung einzuhalten bereit ist, ist zur Mitarbeit aufgerufen. Überall in der Bundesrepublik sollen örtliche und regionale Ostermarschausschüsse tätig werden, unabhängig von parteipolitischen Bindungen.

Wir werden nicht Ruhe geben, solange unser Leben durch die Atombombe bedroht ist.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Wichtiges IN KÜRZE

Ostermarsch in Schleswig-Holstein

Am 22. November 1961 hat sich in Ahrensburg/Holst. ein Initiativ-Ausschuß Ostermarsch der Atomwaffengegner Schleswig-Holstein gebildet. Von den über 40 Teilnehmern aus allen größeren Orten des Landes wurde der Wunsch geäußert, entsprechend des Aufrufes des Zentralen Ausschusses Ostermarsch der Atomwaffengegner schon jetzt mit der Vorbereitung des Ostermarsches zu beginnen. Zum Sprecher des Initiativ-Ausschusses wurde Herr Herwart Achterberg (Landesvorsitzender der Internationale der Kriegsdienstgegner Land Schleswig-Holstein) gewählt. Der Initiativ-Ausschuß wurde beauftragt, mit allen Gruppen, Organisationen sowie mit Einzelpersonlichkeiten in Verbindung zu treten, die bereit sind, in der Ostermarschbewegung mitzuarbeiten.

Einstimmig wurde ein Aufruf angenommen, in dem die Bevölkerung Schleswig-Holsteins aufgerufen wird, schon jetzt durch Versammlungen in den Städten und Orten beizutragen, den Protest gegen atomare Waffen in Ost und West unüberhörbar zu machen. Schnellstens soll ein Regionaler Ausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner — Marschgruppe Schleswig-Holstein“ gebildet werden.

*

Professor Renate Riemeck übergab dem polnischen Rundfunk auf dessen telegrafische Anfrage folgende Stellungnahme zum Rapacki-Plan: „Der Rapacki-Plan hat nichts von seiner Aktualität verloren. Im Gegenteil. Er ist heute wichtiger denn je. Eine atomwaffenfreie Zone ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Abrüstung und zur Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt. Wenn Westdeutschland und seine Nachbarn ein Abkommen über den gemeinsamen Verzicht auf Kernwaffen schließen, können auch politische Streitfragen auf dem Verhandlungswege gelöst werden. Die Annahme des Rapacki-Plans durch die Bundesrepublik ist das angestrebte Ziel aller Atomwaffengegner in Deutschland.“

*

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Verwendung von Kernwaffen zum „Verbrechen gegen die Menschheit“ und zu einer Verletzung der UNO-Charta erklärt. Eine entsprechende Resolution wurde mit 55 gegen 20 Stimmen bei 26 Enthaltungen verabschiedet.

Im UN-Ausschuß und in der Vollversammlung stimmten die USA, Großbritannien und Frankreich gegen diese Resolution, der Ostblock stimmte dafür. Die Vollversammlung billigte ferner die von afrikanischen Staaten eingebrachte Resolution, in der die Anerkennung Afrikas als atomwaffenfreie Zone gefordert wird.

Die biologischen Wirkungen radioaktiver Strahlen

1. Fortsetzung

Pathologische Wirkungen

Die mitgeteilten „genetischen Wirkungen ionisierender Strahlen“ streifen teilweise schon pathologische Wirkungen, sie müssen aber nicht immer „pathologische“ Auswirkungen haben, wie wir später sehen werden.

Kurzfristige Ganzkörperbestrahlungen (z. B. wie in Hiroshima) bewirken Fröhnschäden an blutbildenden Geweben und im Magen-Darm-Bereich. Selbst wenn diese ausgeglichen werden können, bleibt eine erhöhte Strahlenempfindlichkeit möglicherweise zeitlebens nach, die z. B. eine Leukämie oder eine an der Haut gelegene Krebserscheinung bewirken kann. Es steht fest, daß die allgemeinen Strahlenreaktionen bei Mensch und Tier sehr ähnlich sind. Sicher gibt es aber art-eigene Reaktionen, die die experimentellen Tierergebnisse nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragen lassen. So weiß man heute, daß die Lebenserwartung bestrahlter, aber überlebender Tiere im ganzen geringer ist als die nicht bestrahlter. Eine solche Lebensverkürzung ist als Folge niedriger Strahlendosen bisher nicht nachgewiesen; das Ausmaß der sicheren Lebensverkürzung beim Menschen nach erheblichen Dosen (Ganzkörperbestrahlung wie in Hiroshima) läßt sich noch nicht abschätzen. Das Vorhandensein einer Schwellendosis, der Einfluß verschiedener Einwirkungsarten irgendeiner Dosismenge und -größe und die sich daraus ergebende Lebenserwartung sind nicht bekannt.

Mit Sicherheit erkranken jedoch Menschen, die einer chronischen Überbelastung ausgesetzt sind im statistischen Sinne häufiger als andere an Leukämie. Für Star der Augen steht ein Schwellenwert von Röntgen-Gamma-Beta- oder Neutronen-Strahlen fest, der nach den jetzigen Kenntnissen mit einem lebensverkürzenden Schwellenwert nicht in Verbindung gebracht werden kann. Hohe Strahlendosen schädigen das Zentralnervensystem. Bei geringen oder wiederholten geringen Strahlendosen ist dies bis heute nicht sicher. Verglichen mit dem Tierversuch ist über die Schädigung menschlicher Embryonen wenig bekannt.

Bestrahlung im Embryonalzustand scheint den Tod oder Mißbildungen in einem ähnlichen Dosisbereich zu verursachen wie bei anderen Säugetieren. Es wurde von einer erhöhten Anzahl von Totgeburten mit angeborenen Mißbildungen im Zusammenhang mit speziellen geologischen Formationen berichtet. Zwischen diesen Totgeburten und der natürlichen Strahlenbelastung ist keine Beziehung festgestellt worden.

In mehreren Forschungszweigen bemüht man sich besonders, mehr über die Faktoren herauszufinden, die die Strahlenempfindlichkeit beeinflussen. Das Alter zur Zeit der Bestrahlung ist einer der bekanntesten Faktoren. Die Beziehungen zwischen Alter und Empfindlichkeit sind kompliziert und scheinen von den Spezies abzuhängen.

Tumore und Leukämie

Versuchsergebnisse haben gezeigt, daß

sich strahleninduzierte Tumoren nicht sofort, nachdem die Strahlung absorbiert worden ist, zu entwickeln beginnen. Der Übergang zum bösartigen Zustand erfolgt gewöhnlich erst nach einer Reihe präkanzeröser Vorstufen oder Gewebestörungen, wobei diese Störungen nicht am Entstehungsort des Krebses in Erscheinung zu treten brauchen.

Ähnliches gilt auch für die Strahlenleukämie. Die japanischen Unterlagen zeigen, daß sich das Auftreten von myeloider Leukämie nach einer einmaligen Ganzkörperbestrahlung erhöht. Eine Strahlenbelastung durch fallout entsteht dadurch, daß radioaktive Stoffe in den Körper gelangen oder von außen auf ihn einwirken. Eine Gruppe von Bewohnern der Marshall-Inseln und einige japanische Fischer waren verhältnismäßig starkem fallout ausgesetzt. Bei beiden Gruppen stellte man fest, daß die inkorporierten Stoffe die zulässige Grenze kaum zu überschreiten brauchen, während die Belastung der begleitenden äußeren Strahlung sehr hoch ist.

Behandlung:

An dieser Stelle könnte man, wie aus vielen Vorträgen und wissenschaftlichen Arbeiten leicht ersichtlich, mehr aussagen als das vorliegende Bulletin bringt. Zur Orientierung der Öffentlichkeit genügt den Herausgebern der Kurzfassung offensichtlich wenige Mitteilungen. Ich halte diese Einstellung für berechtigt.

Man hat noch keine völlig zufriedenstellende Behandlungsweise für Strahlenschäden gefunden. Antibiotika und rechtzeitig verabfolgte Bluttransfusionen haben eine gewisse heilende Wirkung. Knochenmarkübertragungen können für die Behandlung einer einmaligen akuten Strahlenüberbelastung von Wert sein.

Meteorologische Gesichtspunkte

Auf die Wiedergabe mitgeteilter Zahlenwerte, Anteile ionisierender Strahlen, Untersuchungen der umgebenden Schichten der Erde, Verweilhalbwertszeiten u. a. muß an dieser Stelle verzichtet und auf die Originalberichte verwiesen werden.

Seit den letzten drei Jahren weiß man erheblich mehr über das Verhalten radioaktiver Verunreinigungen der Luft, die entweder durch Explosion von Kernwaffen oder aus Abgasen von Kernreaktoren entstehen. Dieser Bericht befaßt sich hauptsächlich mit den meteorologischen Gesichtspunkten des weltweiten oder verzögerten fallout.

Vor kurzem wurde vorgeschlagen, Atomexplosionen in der meteorologischen Forschung zu verwenden, aber eine derartige Anwendung erscheint nicht angebracht. Es gibt keine neuen Beweise dafür, daß Kernwaffenversuche das Wetter beeinflusst haben.

Zur Zeit ist der verzögerte fallout aus der Stratosphäre die Hauptquelle für die künstliche Radioaktivität der Luft. Wenn die Großversuche mit Kernwaffen nicht wieder aufgenommen werden, wird das weiterhin der Fall sein.

Das Netz der Meßstationen zum Auffangen und zur Analyse wurde wesentlich erweitert, so daß die hauptsächlichsten Merkmale des weltweiten fallout inzwischen bekannt sind.

Seit kurzem kann man die Verweilzeit von Spaltprodukten in den verschiedenen Teilen der Atmosphäre genauer bestimmen. Diese Zeit ist deswegen wichtig, weil sie die Rate des radioaktiven Zerfalls bestimmt, der erfolgt, bevor die Teilchen zur Erdoberfläche zurückkehren.

Landwirtschaft und Ernährung

Nach einer neuerlichen Prüfung der Anwendungsmöglichkeiten radioaktiver Stoffe in Landwirtschaft und Ernährung ist der Ausschub wiederum zu dem Ergebnis gelangt, daß sie hauptsächlich für eine beschleunigte Entwicklung der landwirtschaftlichen Forschung von Bedeutung sind. Die Verwendung von radioaktiven Isotopen als Spurensucher hat weiter zugenommen und vergrößert laufend unser Wissen über die grundlegenden chemischen und biologischen Vorgänge in der Pflanzen- und Tierzucht.

Die Erzeugung strahleninduzierter Pflanzenmutanten hat den Pflanzenzüchtern neue Möglichkeiten eröffnet, die die konventionellen Methoden der Pflanzenverbesserung ergänzen, wenn auch nicht ersetzen. Bis jetzt sind erst sehr wenige, aus strahleninduzierten Mutanten gezüchtete Pflanzensorten freigegeben und angebaut worden. Abgesehen von Geflügel, scheint wenig Hoffnung auf genetische Verbesserungen von Haustieren durch strahleninduzierte Mutanten zu bestehen.

Hier erweitert sich der Begriff der strahlenbedingten Keimtschädigung (siehe Pathologische Wirkungen) in ein noch unübersehbares „positives“ Gebiet. Ebenso im folgenden:

Nach einem vorangehenden Großversuch auf der Insel Curaçao wurde der Versuch unternommen, die schädliche „screw worm“-Fliege im Südosten der Vereinigten Staaten zu bekämpfen. Durch Bestrahlung sterilisierte männliche Fliegen wurden im Januar 1958 in Florida und dann in Georgia und Alabama freigelassen. Bis Ende 1959 wurde daraufhin nur ein einziges Mal von einem Schaden durch diese Fliege berichtet.

Die Forschungsarbeiten über die Verwendung ionisierender Strahlen zur Nahrungsmittelkonservierung sind fortgesetzt worden. Einige Vorzüge der Strahlenkonservierung sind für das Militär von größerer Bedeutung als für den zivilen Verbraucher.

Zum gegenwärtigen Stand der Ernährungsbearbeitung:

Während der letzten drei Jahre war die Öffentlichkeit sehr besorgt über den Genuß pflanzlicher und tierischer Produkte, in denen sich radioaktive Spaltprodukte aus dem Boden oder dem Bewuchs angereichert hatten. Diese Sorge wurde noch vermehrt durch die offensichtliche Uneinigkeit der Wissenschaftler.

Schluß folgt in der nächsten Ausgabe

Die Technik der Hexenjagd

Das Komitee gegen unamerikanische Umtriebe

Das „Komitee zur Aufdeckung unamerikanischer Umtriebe“ hat sich in den USA den traurigen Ruhm erworben, in der Hexenjagd gegen Bürger, die von ihrem Recht auf selbständiges Denken Gebrauch machen, die führende Rolle zu spielen. Atomwaffengegner, Gewerkschaften, Organisationen zur Verteidigung der Bürgerrechte, Wissenschaftler, Geistliche, fast niemand, der sich einem hysterischen Antikommunismus nicht beugt, ist vor den „Enthüllungen“ des Komitees sicher. Wir bringen hier Auszüge aus einer Dokumentation über die Tätigkeit dieses Komitees (Frank J. Donner, *The Un-Americans*, Ballantine Books, New York 1961). Angesichts der neuen antikommunistischen Welle in den USA, die durch die Verabschiedung des McCarran-Gesetzes eingeleitet wurde, ist der Bericht von besonderer Aktualität. Wegen der zahlreichen leicht zu bemerkenden Parallelen zu westdeutschen Zuständen wäre eine deutsche Übersetzung des Buches sehr zu wünschen.

Im Jahr 1951 gab das Komitee gegen unamerikanische Umtriebe eine Schrift heraus, die in einer Auflage von mehr als einer Million verteilt wurde („100 Dinge, die man über den Kommunismus wissen sollte“). Es heißt dort: „In einer systematischen Weise begann die Aufdeckung mit der Bildung des Komitees gegen unamerikanische Umtriebe. Es hat vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten den Auftrag, Personen und Organisationen bekannt zu machen und öffentlich bloßzustellen, die versuchen, unser Land zu zerstören. Das ist noch heute seine Aufgabe, und daran hält es sich.“ Tatsächlich ist allerdings in den Instruktionen des Kongresses für das Komitee von Bloßstellung nichts gesagt; aber das ist die Art, wie das Komitee seine Funktion selbst versteht.

In weit größerem Maße, als man oft annimmt, ist unsere politische und gesellschaftliche Freiheit davon abhängig, daß man privat und anonym bleiben kann. Die geheime Wahl, die Geheimhaltung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und viele andere Einrichtungen beweisen, daß Vereinigungsfreiheit, Gedanken- und Redefreiheit Privatheit und Anonymität voraussetzen. Das Recht, auch in grundsätzlichen Fragen anderer Meinung zu sein als die Mehrheit, ist ohne die Möglichkeit, seine Anonymität zu bewahren, bedeutungslos.

Der konformistische Druck, unter dem wir leben, macht die Meinungsäußerung des einzelnen so gefährlich, daß Organisationen unentbehrlich sind, um eine abweichende Meinung öffentlich zu verbreiten. Aber heute ist es sogar gefährlich geworden, Organisationen beizutreten. Das Komitee versucht unablässig mittels „gnadenloser Publizität, die Mitglieder von Organisationen namhaft zu machen, um auf diese Weise unser wichtigstes Grundrecht auszuhöhlen — die Vereinigungsfreiheit. Wahrscheinlich würden Tausende gern dem „Komitee für eine vernünftige atomare Politik“ (SANE) — das ist die größte amerikanische Organisation der Atomwaffengegner — beitreten, weil sie überzeugt sind, daß die Atomtests schließlich ins Chaos zu führen drohen. Aber wie viele sind dazu bereit angesichts der Furcht, daß das Komitee ihren Namen als Namen von Verfassungsfeinden veröffentlicht und daß sie in der Lokalzeitung ihres Wohnortes abgedruckt werden?

Der größte „Fortschritt“ des Komitees

bestand in der Umwandlung der öffentlichen Sitzungen in eine Einrichtung, durch die der einzelne gezwungen werden soll, seine Mitarbeiter, Mitglieder oder Bekannten namentlich anzugeben. Die Wirksamkeit, mit der das Komitee von dieser Einrichtung Gebrauch macht, bildet die Grundform des Druckes in einer modernen Gesellschaft. Derartige gewaltsame „Enthüllungen“ haben sich zu der am weitesten verbreiteten und wirksamsten Methode der Einschränkung der Grundrechte entwickelt.

So besteht z. B. Senator Dodd darauf, daß Dr. Linus Pauling ihm die Namen der amerikanischen Wissenschaftler ausliefere, die ihm dabei halfen, Petitionen gegen die Kernwaffenversuche in Umlauf zu setzen. Der Generalstaatsanwalt von New Hampshire, Wyman, schickt Dr. Wilard Uphaus ins Gefängnis, weil er sich weigert, die Namen der Teilnehmer eines Weltfreundschaftstreffens preiszugeben. In Florida wird der Geistliche Theodor R. Gibson wegen Verachtung des Komitees eingesperrt, weil er sich weigert, Mitgliederlisten der NAACP vorzulegen — das ist eine Organisation, die die völlige Gleichberechtigung der Farbigen in den USA erkämpfen will. Dabei sind die Aufrollung der privaten Sphäre und die Einschränkung der Vereinigungsfreiheit für denjenigen, der vor das Komitee geladen wird, bei weitem noch nicht das Schlimmste. Das öffentliche Verhör wird mit der Absicht geführt, den Zeugen in seiner Persönlichkeit zu zerstören, ihn seiner Würde zu berauben, indem man ihn zwingt, öffentlich ein politisches Sündenbekenntnis abzulegen, und ihm seinen Lebensunterhalt zu nehmen. Das ist die vom Komitee über ihn verhängte Strafe dafür, daß er ein — nicht einmal überführter, sondern nur als solcher verdächtigter „Umstürzler“, ein „Subversiver“, ist, und das nicht etwa, weil er nun Kommunist oder Exkommunist ist, sondern weil das Komitee ihn wegen seiner Mitgliedschaft in der NAACP, im „Nationalrat der Kirchen“, in SANE oder in irgendeiner anderen mißbeliebigen Organisation als „Subversiven“ ansieht. Der Zeuge hat keinerlei Gesetz verletzt, er hat nur auf Grund eines ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechtes die Antwort auf die Frage verweigert: „Sind Sie oder waren Sie je Mitglied der Kommunistischen Partei?“ Wie das Oberste Gericht wiederholt festgestellt hat, darf daraus kein Geständnis entnommen werden.

Aber selbst wenn das Opfer einmal Kommunist gewesen ist, so hat er damit nur seine verfassungsrechtlich garantierten Grundfreiheiten ausgeübt. Aber der Prozeß der „Aufdeckung“ soll gleichwohl das Opfer für den Rest seines Lebens für die Öffentlichkeit als „Subversiven“ brandmarken, eine immer sichtbare Zielscheibe für Feindseligkeit und Repressalien.

Vernichtung der Existenz

Es ist keine einfache Aufgabe, die Bestrafung eines Amerikaners herbeizuführen, der nichts anderes getan hat, als seine durch die Verfassung garantierten Rechte auszuüben. Um die Vernichtung des Zeugen zu sichern, wird in einer derartigen öffentlichen Vernehmung sehr sorgfältig Regie geführt, um durch Presse, Radio und Fernsehen eine riesige Zuhörerschaft nicht nur zu erreichen, sondern in Aufruhr zu versetzen: so wird jedermann erreicht, insbesondere aber die Arbeitgeber, die Anwaltskammer, die örtliche Polizei, die Schulen und Universitäten. Darum ist eine solche Vernehmung eine außerordentlich wirksame Waffe. Prof. Daniel Pollitt, der die Ergebnisse der Vernehmungen zwei Jahre lang verfolgt hat, ermittelte, daß von 64 „unfreundlichen“ Zeugen — die „freundlichen“ sind die Denunzianten oder Agenten des FBI; d. U. — 50 ihre Arbeit verloren.

In den fünfziger Jahren erfanden z. B. zahlreiche mächtige Arbeitgeber (General Electric, Westinghouse, R. C. A., Bethlehem Steel, U. S. Steel und andere) und darüber hinaus ganze Industrien einen neuen automatischen Kündigungsgrund — vor dem Komitee ein unfreundlicher Zeuge gewesen zu sein. Noch weit schlimmer war es in den akademischen Berufen. Über Jahre laufende Verträge wurden über Nacht aufgekündigt, als die Schulbehörden dieselbe Praxis einschlugen. Es folgten zahlreiche amerikanische Universitäten, Zeitungen, Symphonie-Orchester, Privatschulen und Forschungsorganisationen. Es wird behauptet, daß seitdem 200 Drehbuchautoren und Schauspieler in Hollywood aus denselben Gründen auf einer schwarzen Liste stehen. Mit Ausnahme der New York Times entließen fast alle Zeitungen die Journalisten, die durch das Komitee öffentlich angeprangert wurden. Es gibt sogar einige Staaten, die den aus diesem Grunde Entlassenen die Arbeitslosenunterstützung verweigerten.

Trotz der furchteinflößenden Bühnenwirksamkeit der Verhöre bleibt immer noch die Möglichkeit, daß die „Enthüllung“ nicht klappt. Das Komitee braucht örtliche Vertreter, die sicherstellen, daß in seiner Abwesenheit alles richtig läuft. Zu diesem Zweck hat es ein System der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der bestehenden rechten Organisation entwickelt. Zu den prominentesten davon gehören die „Amerikanische Legion“, die Veteranenorganisationen, der Verein AWARE, der „Christliche Antikommunistische

Kreuzzug", die „Töchter der Amerikanischen Revolution“ usw. Dieses Netzwerk erfüllt eine ganze Reihe von Funktionen. So bekommen seine Mitglieder Einblick in die Akten des Komitees; sie sind durchaus nicht nur Unbeteiligte, die dem Komitee das Beste wünschen; vielmehr treten sie als die Agenten des Komitees auf und verrichten für das Komitee die Dinge, die es selbst nicht tun kann. Das Komitee kann nicht offiziell von öffentlichen oder privaten Arbeitgebern die Entlassung eines „unfreundlichen“ Zeugen verlangen, obwohl manchmal seine Maßnahmen dem ziemlich nahe kommen. Das Netzwerk der rechten Organisationen erlaubt es dem Komitee, den Zeugen mit Sicherheit in seinen Lebensinteressen zu treffen und zugleich die Verantwortung dafür von sich abzuschieben. Um den Zeugen leichter seiner beruflichen Stellung zu berauben, veröffentlicht das Komitee seinen Namen wieder und wieder, zunächst in einer speziellen Liste der öffentlichen Verhöre, dann in seinem Jahresbericht und schließlich in einem riesenhaften Gesamtverzeichnis.

Die Mitglieder des rechten Netzwerks besuchen die Lokalzeitungen, um auf die Arbeitgeber Druck auszuüben. Sie setzen sich persönlich mit privaten und staatlichen Arbeitgebern brieflich, telefonisch oder durch Besuche in Verbindung. Sie organisieren es, daß „unfreundliche“ Zeugen aus Geschäften, in denen sie einkaufen wollen, hinausgeworfen werden. Sie setzen Protokolle der Verhöre in Umlauf, schreiben Leserbriefe in Zeitungen, in denen sie die Entlassung der „unfreundlichen“ Zeugen fordern, organisieren Elternabende, auf denen über das Schicksal von Lehrern debattiert wird, die „unfreundliche“ Zeugen waren, und veranstalten Telefonkampagnen, um Förderer zu zwingen, von ihnen unterstützte Schauspieler oder Schriftsteller fallen zu lassen.

Wenn schließlich die Ladungen tatsächlich herausgehen — gewöhnlich einen Monat vor dem Verhör — beginnt das Komitee, die Presse eingehend mit Informationen zu versorgen. Es verspricht gewöhnlich sensationelle Enthüllungen über eine außerordentlich große Gefahr, die durch das Verhör aufgedeckt werden würde. (Einige Schlagzeilen der Presse: „Komitee fürchtet Bedrohung des Hafens“, „Verteidigungsgebiet ist infiltriert“, „Komitee wird Sabotagedrohungen untersuchen“). Wenn der Tag des Verhörs herankommt, beginnt die Presse mit den eigentlichen „Enthüllungs“-Geschichten, z. B. „Von Roten geführte Gewerkschaften überfällig zur Untersuchung“; „Seit zehn Jahren rote Zelle innerhalb der Lehrerschaft“. Sobald die Verhöre beginnen, ist den normalerweise passiven antikommunistischen Bürgern die Meinung suggeriert worden, sie seien ernstlich bedroht, während das rechte Netzwerk hoch auf einer Woge des hysterischen Antikommunismus schwimmt.

Diffamierung von Organisationen

Die Bloßstellung von Organisationen und Gruppen hängt mit der Bloßstellung von einzelnen auf engste zusammen. Selbstverständlich betrachtet das Komitee die Kommunistische Partei als „subversiv“ (aber nicht etwa auch den

Ku-Klux-Klan, die John-Birch-Gesellschaft oder die „Vereinigungen der „Weißen Bürger“ in den Südstaaten) und macht aus jedem Schritt dieser Partei eine Sensation. Das Komitee beschuldigt ferner Organisationen, von denen es behauptet, sie seien Anhängsel der Kommunistischen Partei. Eine weit größere Zahl von Organisationen aber wird allein deswegen verfolgt, weil das Komitee deren Ziele mißbilligt oder weil sie nicht ausreichend antikommunistisch sind. Um die wahren Gründe seines Vorgehens gegen diese Organisationen zu verschleiern, bedient sich das Komitee eines ganz speziellen diffamierenden Vokabulars, das es zwar von seinen antikommunistischen Vorgängern geerbt hat, aber ständig weiter ausschmückt: „Volksfrontorganisation“, „Werkzeug der Kommunistischen Partei“, „Satellit der Kommunisten“, „gegründet, um kommunistische Ziele zu befördern“, „vom Kreml gesteuert“, „Bollwerk zum Schutz der Kommunisten“, undso weiter.

Die falschen Schlüsse, die Vorstandsmitglieder oder Förderer einer angegriffenen Organisation betreffen, werden mit den vom Komitee verurteilten Zielen dieser Organisation dadurch verknüpft, daß das Komitee ein ganzes Lehrgebäude über „konspirative Taktik“ aufstellt, für das sie sich aus den Schriften Lenins Unterstützung holt, der als unfehlbarer Prophet mit Millionen geheimer inländischer Schüler angesehen wird. Dies alles dient dazu, die angegriffenen Organisationen anzuschwärzen.

Sodann wird in einem faszinierenden Prozeß „subversiver Kreuzung“ die Mitgliedschaft in einer angegriffenen Organisation dazu benutzt, nunmehr auch alle die anderen Organisationen zu verdächtigen, denen die Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder oder Förderer der zuerst angegriffenen Organisationen noch angehören. Wenn zum Beispiel ein Funktionär des „Vereins zur Sicherung der Bürgerrechte“ zufällig auch einem kirchlichen Verein angehört, so gibt dies dem Komitee automatisch einen „Jagdschein“ gegen diese kirchliche Vereinigung. Wenn dieses Verfahren Ihnen etwas unsolide erscheint, so liegt das nur daran, daß Sie sich nicht genügend darüber klar sind, daß bei staatsfeindlichen Bestrebungen „alles miteinander in Zusammenhang steht“.

Diese Kettenverdächtigung von Organisationen ist für das Komitee ein wichtiger Selbstzweck, denn sie erlaubt dem Komitee, sich in die öffentliche Meinungsbildung über alle entscheidenden Fragen unserer Zeit, von der Rassenintegration bis zum Frieden, einzumischen. Zugleich ist sie ein Mittel, den Nachschub an diffamierbaren Persönlichkeiten aufrecht zu erhalten. So ist also jemand, der niemals der kommunistischen Partei angehört hat, in keiner Weise davor geschützt, öffentlich bloßgestellt zu werden, wenn er einer angegriffenen Organisation angehört oder nicht schleunigst austritt, sobald diese Organisation verdächtigt wird. Jemand, der seine Mitgliedschaft aufrechterhält, „nachdem die Organisation öffentlich bloßgestellt worden ist“, wird ohne weiteres als geheimes Mitglied der Kommunistischen Partei betrachtet.

Das amerikanische „Komitee für eine vernünftige Kernwaffenpolitik“ (SANE) hat ein Programm zum praktischen Widerstand gegen die Regierungspropaganda für die „Zivilverteidigung“ (Luftschutz, Evakuierung etc.) entwickelt. In der Einleitung heißt es: „Denken Sie daran, daß wir die Zivilverteidigung durch etwas Besseres ersetzen müssen; wir dürfen uns nicht auf das Ziel beschränken, im Kriegsfall zu überleben, sondern, auch auf lokaler Ebene, ein Programm durchführen, mit dem wir zur Verhütung des Krieges beitragen können.“

*

Für eine allgemeine Abrüstung setzte sich der britische Friedensnobelpreisträger und Unterhausabgeordnete Philip Noel-Baker in zwei Vorträgen in München und Düsseldorf ein. Noel-Baker wandte sich vor allem entschieden dagegen, daß bei Vereinbarungen über die Verringerung des Waffenpotentials technische Fragen unüberwindliche Hindernisse bilden könnten. Für jedes technische Problem gebe es auch eine technische Lösung, und deshalb sei es unverständlich, daß alle Verhandlungen schon bei den Einzelheiten der Überwachung steckenblieben.

Noel-Baker wertete übrigens die letzten sowjetischen Versuchsexplosionen, die er zu einem großen Teil als innenpolitisch motiviert betrachtete, nicht als das Unglück, als das sie von vielen betrachtet werden. Er machte sich dagegen die Auffassung zu eigen, die auch der amerikanische Präsident Kennedy schon einmal geäußert hat, daß ein Jahrhundert der Atomtests nicht so schlimm sei wie eine Stunde Atomkrieg. Er sei fest davon überzeugt, daß Chruschtschow ehrlich um den Frieden und die Abrüstung bemüht sei.

*

Die IG Textil und Bekleidung hielt vom 2. bis 6. Oktober ihre Delegiertenkonferenz ab. Gegen den Willen des Hauptreferenten Franz Lepinski vom DGB-Vorstand faßte die Delegiertenkonferenz eine Entschliebung, in der alle dem DGB angehörenden Gewerkschaften aufgefordert werden, die Verwirklichung der Notstandsgesetze, wenn notwendig auch durch Streik, zu verhindern.

*

Der Internationale Versöhnungsbund hat in einer Erklärung zur Berlin-Frage die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, die Neutralisierung beider deutscher Teilstaaten, Verhandlungen über eine stufenweise Abrüstung in beiden deutschen Staaten und die Bildung einer kernwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa gefordert. Der Versöhnungsbund setzt sich ferner für die Vorbereitung einer deutschen Föderation durch direkte Verhandlungen zwischen Bundesrepublik und DDR und für baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit dieser Föderation ein.

Zehn Nobelpreisträger,

Philosophen und Politiker aus acht Nationen, an ihrer Spitze Albert Schweitzer und Bertrand Russel, haben den amerikanischen Präsidenten Kennedy in einem Appell beschworen, von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre abzusehen. Mit dem Appell an Kennedy verbanden die Unterzeichner einen Aufruf an alle Atomkräfte, die Kernwaffenversuche einzustellen und einem Verbot dieser Versuche zuzustimmen.

*

Eine Großkundgebung der Deutschen Friedens-Union fand am 8. November in Frankfurt statt. Die Kundgebung, auf der Direktoriumsmitglied Lorenz Knorr, Superintendent Sansz und der Frankfurter Gewerkschaftsfunktionär Horst Trapp sprachen, war von über 1000 Menschen besucht, die einen „Mahnruf zum Frieden“ verabschiedeten. In dem Mahnruf heißt es: „Die Rettung liegt im Abbau des Kalten Krieges, in der friedlichen Verständigung, in Verhandlungen über einen Friedensvertrag, im Verbot der Atomwaffen, in der atomwaffenfreien Zone, in der Neutralität!“

WICHTIGE HINWEISE

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Bericht von Ernst von Salomon über seinen Japanbesuch, anlässlich der VII. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Tokio, „Auf der Asche von 10 000 Menschen“, als Sonderdruck zum Preise von 30 Pfennig erhältlich ist. Bei Bestellung größerer Mengen dieser Broschüre, die zur Verteilung sehr gut geeignet ist, erhalten Sie Mengenrabatt. Bestellungen richten Sie bitte an den **STÄNDIGEN KONGRESS, Hamburg 19, Eichenstraße 46.**

Das „Japanische Blatt“, das Zeichen des „Japanischen Rates“, ist auch in Deutschland erhältlich. Zahlreiche Bestellungen beweisen, daß das Interesse an einem Abzeichen der Atomwaffengegner sehr groß ist. Sie können das Blatt zum Preis von 50 Pfennig vom **STÄNDIGEN KONGRESS, Hamburg 19, Eichenstraße 46, anfordern.**

Sie werden bemerken, daß sich diese Ausgabe des **KONGRESSDIENSTES** äußerlich von den früheren durch den Wegfall des Titelbildes unterscheidet. Wir sahen uns zu dieser Maßnahme leider durch die hohen Kosten der Herstellung des Titelbildes veranlaßt. Wir bitten unsere Leser um Verständnis für diese leider einstweilen notwendige Einschränkung.

Dieser Ausgabe liegt ein Brief des Büros des **STÄNDIGEN KONGRESSES** bei, in dem um die Überweisung der freiwilligen Jahresbeiträge gebeten wird. Wir weisen darauf hin, daß die Entrichtung des Jahresbeitrages in Höhe von 10 DM auch als Entgelt für den Bezug des **KONGRESSDIENSTES** zu verstehen ist. In diesem Sinne empfehlen wir den Brief Ihrer freundlichen Aufmerksamkeit (Postcheckkonto: Hans Schiefbahn, **STÄNDIGER KONGRESS, Hamburg 2730 60**).

Durch eine Demonstration auf der Straße zwischen Oslo und Gardermoen wurde am 16. 11. 1961 die Ankunft von Bundesverteidigungsminister Strauß in der norwegischen Hauptstadt um eine halbe Stunde verzögert.

Etwa dreißig Kilometer vor Oslo legten sich Demonstranten auf die Straße und bedeckten sich mit norwegischen Fahnen sowie mit Spruchbändern, auf denen in deutscher Sprache „Strauß heraus“ stand. Die Autokolonne des Ministers mußte anhalten. Sie konnte ihre Fahrt erst nach einer halben Stunde fortsetzen, als Polizei die Demonstranten von der Straße getragen hatten.

In Oslo selbst kam es zu großen Demonstrationen. Trotz eines riesigen Aufgebots von Polizei zogen viele hundert Einwohner der Stadt vor das Hotel „Bristol“, in dem Minister Strauß abgestiegen war. Anschließend formierten sie sich zu einem Zug zur westdeutschen Botschaft.

Strauß hatte mit derartigen Demonstrationen schon gerechnet. Bereits auf dem Flugplatz hatte er erklärt, solche Vorfälle seien „in Anbetracht des kommunistischen Trommelfeuers gegen mich“ zu erwarten.

Ein Bruder des norwegischen Außenministers Lange, der als Dekan an der Lehrakademie in Oslo tätig ist, bezeichnete Strauß in der Osloer Zeitung „Dagbladet“ als einen „Schüler des verstorbenen amerikanischen Senators McCarthy“.

*

Lord Russell, der britische Philosoph und Pazifist, hat für den 9. Dezember zu einer großen Demonstration des „zivilen Ungehorsams“ gegen amerikanische und NATO-Stützpunkte in Großbritannien aufgerufen.

*

In **Düsseldorf** gab der örtliche Arbeitsausschuß „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ ein Flugblatt mit dem Titel „Sind Sie gegen Atomtests?“ heraus. In dem Flugblatt heißt es: „Wenn Sie gegen Atomtests sind, dann müssen Sie auch gegen die sinnlose atomare und konventionelle Bewaffnung zweier deutscher Armeen gegeneinander sein. Das Verlangen nach Atomwaffen für die Bundesrepublik erhöht entscheidend die weltpolitische Spannung und die Gefahr eines nuklearen Krieges. Wenn Sie gegen Atomtests sind, dann müssen Sie mit uns fordern:

Verzicht auf die atomare Bewaffnung
Verzicht auf die Stationierung atomar bewaffneter Truppen auf deutschem Territorium,
Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

*

Demonstration und Sitzstreik gegen Luftwaffen-Werbung in Frankfurt

Auf dem vom letzten Bombenkrieg völlig zerstörten Platz zwischen Römerberg und Dom hat unmittelbar nach einem Gastspiel des Zirkus Fischer die

bundesrepublikanische Luftwaffe sinigerweise eine große Werbe-Aktion gestartet. In zwei großen Wagen mit 1000 Quadratmeter Grundfläche ist eine Ausstellung aufgebaut und wird in Wort und Bild für die Luftwaffe geworben. Ein Allwetter-Jagdflugzeug F 86 K ist vor den altehrwürdigen Römern geschleppt worden und ist zur Besichtigung innen und außen freigegeben, nachdem die Luftwaffen-Soldaten es vor den Augen Schaulustiger blankgeputzt hatten. Auch eine Flugabwehrrakete vom Typ Nike „Ajax“ fehlte nicht.

Der Augenblick für eine militärische Schau war schlecht gewählt. In Berlin sind an der vermauerten Sektorengrenze auf beiden Seiten Panzer aufgefahren — in Rußland explodieren trotz weltweiter Proteste Super-Atombomben — die Bundeswehr verteilt „an alle Haushaltungen“ eine Gebrauchsanweisung „Jeder hat eine Chance“, wie man eventuell einen Atomkrieg überleben kann.

Die Frankfurter Kriegsdienstverweigerer und Atomwaffen-Gegner fanden Anerkennung und Zustimmung, als sie am Wochenende mit Plakaten und Protest-Sprüchen zum Römerberg zogen und gegen die Luftwaffen-Werbung protestierten. Als die Demonstranten die Ausstellung betreten wollten, wurde ihnen der Eintritt verwehrt. Kurz darauf erschien die Polizei, nahm alle diejenigen fest, die ein Plakat trugen, und transportierte sie mit der „Grünen Minna“ zum nächsten Polizeirevier in der Alten Mainzer Gasse, von wo sie nach Feststellung der Personalien entlassen wurden.

*

Die IDK Hamburg veranstaltete am 30. Oktober eine öffentliche Versammlung, auf der Pfarrer Wendorff und Pfarrer May sprachen. Pfarrer Wendorff, der kürzlich aus Japan zurückgekehrt ist, berichtete vom hartnäckigen und gewaltigen Kampf des japanischen Volkes gegen den Atomtod.

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“

Anschrift: Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26

Postcheckkonto: Hamburg 27 30 60 (Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro:

Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Otto Borchers, Wedel/Holst.; Prof. Dr. Reinhard Brett; Dr. Barbara Brett-Rathjens, Hamburg; Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grube, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Hamburg; Erich Klinger, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Karl Ludwig Opitz, Hamburg; Ernst Riedel, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Joachim Hindemith.

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Breit-Rathjens, Hamburg.

Wissenschaftlicher Berater: Dr. rer. nat. Lothar Wiesner, Hannover.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.